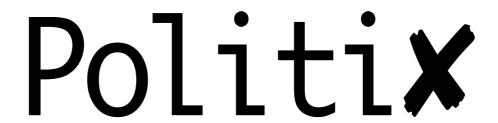
Lehre gegen Rechts



UniStG

Was sich ändert

Interview

Tabita Mulyampiti

Trend

Beruf: PolitologIn

ZEITSCHRIFT DES

Instituts für

Heft 2/1997 2. Jahrgang

	Editorial
	AKTUELL
	Warum ein neues Studienrecht? BM für Wissenschaft
	Für ein modernes Studium Eva Kreisky
nhalt	THEMA Lehre gegen Rechts
	Die saubere Wehrmacht Walter Manoschek
	Antifa-Demo mißglückt Studienrichtungsvertretung Politikwissenschaft
	Biologismus als Politik ? Gerald Steinhardt
	Richtige Frauen - Rechte Weiblichkeit Karin Liebhart
	Rechtsextremer Vormarsch im Internet Claus Pirschner
	Intern
	Verständnis kann Berge versetzen Eva Kreisky
	Zwei neue Professuren Studienrichtungsvertretung Politikwissenschaft
	"It is women who know what will be after the war" Tabita Mulyampitit im Gespräch
IMPRESSUM	International
Herausgeberschaft: Institut für Politikwissenschaft und Arbeitsgruppe Moving Politics. Medieninhaber, Verleger: Institut für Politikwissenschaft, 1090 Wien, Währinger Straße 17.	Freakadellen & Bulletten Birgit Sauer
Redaktionsteam: Dieter Hernegger, Prof. Dr. Eva Kreisky, Luise Luksch, Maria Rösslhumer, Alexander Salzmann, Dr. Birgit Sauer, Gabriele Schatzl, Belinda	Berlin - Stadt der Gegensätze Dieter Hernegger
Schneider, Susanne Wegscheider. Gestaltung: Susanne Wegscheider, sitte•wegscheider OEG, 1080 Wien	Wildschwein in Pfefferminzsauce Johannes Pollak
Herstellung: Bank Austria Auflage: 1300 Stück Erscheinungsweise 3 x /Jahr	Studying in London Birgit Appelt
Offenlegung gem. § 26 MedienG.: Medieninhaber: Institut für Politikwissenschaft,	Als Stagiaire in Brüssel Claudia Widder
9, Währinger Str. 17; Vorstand: Univ.Prof. Dr. Eva Kreisky. Blattlinie : Politix informiert über institutsbezogene	EU - hautnah Sylvia Platzer
Aktivitäten sowie über aktuelle Entwicklungen in der Politik.Wissenschaft.	Auslandsstipendien auf einen Blick Alexander Salzmann
Wir freuen uns über Ihre Beiträge,	Trends in der Politikwissenschaft
Kommentare und Kritiken.	
Redaktion Politix,	Wer will mich? PolitologInnen im Beruf Hans-Georg Heinrich
Kontakt: Dr. Birgit Sauer,	, and the second
Institut für Politikwissenschaft,	Termine
Währinger Str. 17, A-1090 Wien, Telefon +43/1/40 480/684 (683)	Serviceteil
Fax 40 480/683	News
e-mail birgit.sauer@univie.ac.at	

Nr. 2. März 1997 Politix

Liebe LeserInnen

Gut gelungen

Danke für die erste Politix. Wirklich gut gelungen.

> Mag. Claudia Widder, Villeneuve sur Lot, Frankreich

Kleine Anregung

Ich freue mich über die Idee und Initiative, eine Institutszeitschrift zu gründen. Gerade als Absolvent der Politikwissenschaft würde ich mir wünschen, enger in die Kommunikation mit meinem Institut eingebunden zu sein. Als Anregung möchte ich vorschlagen, Politix als offenes Diskussionsforum zu nutzen und neben den Studierenden und Lehrenden auch Absolventen in das Projekt einzubinden.

Dr. Alexander Janda 1010 Wien

100 Jahre Frauen an der Universität Politix Heft 3/97 Redaktionsschluß 3. Mai 1997 Das Neuaufleben rechter Ideologien und Gruppierungen stellt gerade für die Politikwissenschaft eine Herausforderung dar, die in Lehre und Forschung ihren Ausdruck findet bzw. finden sollte. "Lehre gegen Rechts" lautet daher das Schwerpunktthema der zweiten Ausgabe von Politix, der neuen Zeitung des Instituts für Politikwissenschaft.

Studierende und Lehrende des Instituts greifen in Lehrveranstaltungen, Publikationen und Aktionen das Thema Rechtsextremismus/ Nationalsozialismus immer wieder auf. Das vorliegende Heft stellt dazu Initiativen und Debatten am Institut vor.

Neben dem Schwerpunktthema bietet Ihnen Politix wieder zahlreiche Informationen und Veranstaltungshinweise. Welche Möglichkeiten es tatsächlich gibt, "Politikwissenschaft als Beruf" auszuüben, finden Sie in unserer neuen Rubrik "Trends in der Politikwissenschaft", diesmal von Prof. H.G. Heinrich - gegen den Trend der Medien und der Politik, Politikwissenschaft als unnützes Studienfach abzuwerten.

An dieser Stelle wollen wir uns für die zahlreichen Reaktionen auf die erste Ausgabe von Politix bedanken. Über Anregungen, Kritik und Beiträge freuen wir uns auch weiterhin. Das nächste Politix zum Thema "100 Jahre Frauen an der Universität" erscheint Ende Mai.

Ihr Redaktionsteam Politix

Politix Nr. 2. März 1997

Warum ein neues Studienrecht?

Kurzfassung aus der Regierungsvorlage zum neuen UniStG.

Das Studium an den österreichischen Universitäten wird derzeit durch das Allgemeine Hochschul-Studiengesetz (AHStG) aus dem Jahr 1966, durch mehr als 10 besondere Studiengesetze, durch mehr als 100 Verordnungen (Studienordnungen) und rund 400 Studienpläne geregelt. Für jedes Studium gelten bisher 2 Gesetze (AHStG und Studiengesetz) sowie 2 Verordnungen (Studienordnung und Studienplan). Dieses komplizierte vierstufige Rechtssystem soll durch ein einziges Gesetz ersetzt werden. Das Studienrecht soll im größten Reformschritt seit 1966 mit dem neuen Universitäts-Studiengesetz (UniStG) eine drastische Vereinfachung erfahren.

Die Ziele der Reform

Deregulierung, Dezentralisierung, Verwaltungsvereinfachung und Rechtsbereinigung sind die Leitziele des neuen Gesetzes, die vor allem folgende Auswirkungen haben werden:

- bessere Zielorientierung der Studien
- mehr Innovationsfähigkeit im Bereich der Lehre durch Übertragung von Kompetenzen in die Autonomie der Universitäten
- Verbesserung der Studienbedingungen
- mehr Effizienz des Studiensystems
- adäquate Verteilung der Entscheidungs- und Verantwortungskompetenzen
- Studienzeitverkürzung.

Das neue Gesetz

Das neue Gesetz soll ein Rahmengesetz sein, das nur mehr festlegt

- die Dauer,
- die Höchststundenanzahl, über die Zeugnisse vorge-

legt werden müssen (Studienzeitverkürzung),

- die Arten der Prüfungen und
- die zu erlangenden akademischen Grade der Studien.

Neue Gliederung

Die Studien gliedern sich künftig in einen "Sockel" von Kernfächern, die für ein bestimmtes Studium an allen Universitäten gleich sind, und in einen Block an Schwerpunktfächern. Dadurch werden regionale Schwerpunktbildungen und selbständige Profile der einzelnen Universitäten ermöglicht. Dazu kommen

Wahlfächer (mindestens 20 Stunden verpflichtend), die aus allen Studien an allen Standorten wählbar sind.

Neue Studienpläne

Bei der Erstellung von Studienplänen sieht der Entwurf die Erarbeitung von Verwendungsprofilen für Absolventen vor, wobei Externe (Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter, Absolventen, Interessensvertretungen) hinsichtlich Bedarfseinschätzung und Qualifikationsprofil in einem Begutachtungsverfahren anzuhören sind. Anstelle der Immatrikulation und Inskription soll die Zulassung zu einem Studium treten und deren jährliche Verlängerung bei entsprechendem Prüfungserfolg. Die Kombinationspflicht bei Diplomstudien (außer Lehramt) wird mit dem Ziel der Intensivierung des Studiums eines Faches und der Verkürzung der Studiendauer abgeschafft.

Das Studienangebot wird vereinfacht in:

- Diplomstudium
- Doktoratsstudium
- Hochschullehrgänge.

Das UniStG soll eine konsequente Übertragung von Kompetenzen des Gesetzgebers und des Ministeriums in den autonomen Bereich der Universitäten bewirken.

Für weitere Informationen: Mag. Friedrich Faulhammer, BMWV, Abt. I/B/5A, Rosengasse 2, 1010 Wien, Tel. 531220 - 5756

Quelle: http://www.bmwf.gv.at/6hsrecht/unistg/vorbl.html

4 AKTUELL Nr. 2. Dezember 1997 Politix

Eva Kreisky

Für ein modernes Studium

Die Studiengrundlagen in Österreich werden bislang durch ein mehr als drei Jahrzehnte altes Gesetz (Allgemeines Hochschulstudiengesetz 1966) sowie durch eine fast unüberblickbare Zahl von besonderen Studiengesetzen, Studienordunungen und Studienplänen geregelt. Antiquiertheit, Rückständigkeit, Kompliziertheit und Unübersichtlichkeit sind also bedeutsame Prämissen gegenwärtiger studienrechtlicher Grundlagen.

Nun ist - nach Verabschiedung des Universitätsorganisationsgesetzes 1993 - die Wissenschaftsverwaltung initiativ geworden und hat eine Vereinfachung der rechtlichen Grundlagen des Universitätsstudiums in Österreich versprochen. Dieses Reformprojekt lief unter den zentralen Stichworten Deregulierung und Verwaltungsvereinfachung. Gegen Vereinfachung hat wohl niemand etwas einzuwenden. Allerdings ist unter dem Deckmantel dieser durchaus hehren Absicht zunächst auch noch etliches anderes, weniger erhabenes transportiert worden: Die Ökonomisierung und Taylorisierung des Studiums in Gestalt massiver Verkürzung, die Zurückdrängung und Abwertung geisteswissenschaftlicher Studienrichtungen. Zudem ist im Schatten dieser Reformlinie immer wieder auch ein verkappter Numerus clausus unterschoben worden. Kernpunkt des Streits um das neue Universitätsstudiengesetz war also die Reibezone zwischen beruflicher Ausbildung und universeller Bildung. Die jeweils implizierten Reichweiten und Qualifikationsvorstellungen differerieren nämlich sehr deutlich. Zudem sollten die Universitäten auf bloße Lehranstalten zugeschnitten sein. Jede Entkoppelung von Lehre und Forschung verdünnt aber die Grundidee der Universität. Österreichweite Kritik und massiver Protest waren die Folge des ministeriellen Erstversuchs, die Universitäten einerseits zu verlängerten Werkbänken des Schulwesens herabzudrücken und andererseits die Universitäten auf industrielle Lehrausbildung zu verkürzen. Dazu kam dann auch noch der Effekt der Provinzialisierung des österreichischen Universitätswesens, denn eine Verkürzung auf sechs Semester hätte die internationale Kompatibilität unserer Abschlüsse ernsthaft in Frage gestellt.

Der Entwurf eines neuen Universitätsstudiengesetzes hat also nun nach langen grundsätzlichen Kontroversen im Begutachtungsverfahren einen Zwischenabschluß erfahren: Der Entwurf wurde im Februar im Ministerrat verabschiedet und an die parlamentarischen Gremien weitergeleitet. Wenn der Zeitplan des Ministeriums eingehalten wird, soll dieses Gesetz per 1. August 1997 in Kraft treten. Das bedeutet, daß dann in relativ kurzer Zeit ein neuer Studienplan für unsere Studienrichtung erstellt werden muß. Solange ein solcher nocht nicht existiert, bleiben im Übergang jedenfalls die alten Regelungen in Geltung. In der politischen Rhetorik des Ministeriums heißt es,

In der politischen Rhetorik des Ministeriums heißt es, daß nun für die Universitäten und ihre Einrichtungen Freiheit und Autonomie in der Erstellung der Studienpläne bestehen soll. Die Visionen von einem optimalen Politikwissenschaftsstudium werden zwar nicht länger von ministeriellen Vorgaben gegängelt, sie müssen nun aber einem - nicht unkomplizierten - Begutachtungsverfahren standhalten.

Wir werden im Rahmen unserer Studienrichtung diesem Appell des Ministeriums nur allzu gerne folgen und einen radikal neuen Studienplan nach unseren Vorstellungen gestalten. Wir wollen und müssen es wagen, wenn wir ein zeitgemäßes, gesellschafttsrelevantes und an den Bedürfnissen der Studierenden und Lehrenden ausgerichtetes Studium organisieren wollen. Daher werden wir uns im folgenden Jahr ganz intensiv damit zu befassen haben, wie sich ein politikrelevantes, praxisbezogenes, methodisch und theoretisch anspruchsvolles, modernes Studium der Politikwissenschaft gestalten läßt, das aus einer Synthese aus politikwissenschaftlicher Allgemeinbildung und Spezialisierung auf verschiedene Berufsfelder besteht und zudem den Problemstellungen und Herausforderungen der Zeit gewachsen ist.

Wir werden im Rahmen der Studienrichtung einen möglichst breiten und offenen Diskussionsprozeß organisieren. Politix wird eine wichtige Arena für diese Debatte abgeben. Beteiligen Sie sich an dieser Diskussion, bringen Sie Ihre Erfahrungen, Vorstellungen, Wünsche und Utopien von einem optimalen Politikwissenschaftsstudium ein.

Prof. Eva Kreisky Vorständin des Instituts für Politikwissenschaft

Politix Nr. 2, März 1997 AKTUELL 5

Walter Manoschek

Die saubere Wehrmacht

Die Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944" führte zu heftigen Reaktionen. Von ihren GegnerInnen wird sie als existentieller Angriff auf die Identität einer Männergeneration wahrgenommen. Der Mythos der sauberen Wehrmacht gerät ins Wanken.

Die Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung wurde in Österreich bisher in Wien, Innsbruck, Klagenfurt und Linz gezeigt. Mit über 50 000 BesucherInnen zählt sie zu den publikumswirksamsten wissenschaftlichen Ausstellungen der letzten Jahrzehnte; mehr als 50 TV- und Radioberichte und eine "Zur Sache"-Sendung beschäftigten sich mit dem Thema; hunderte Zeitungsmeldungen, Kommentare und Leserbriefe behandelten die Ausstellung und ihre politischen und gesellschaftlichen Implikationen. Die öffentliche Resonanz korrespondierte von Beginn an mit der Brisanz des Themas: hier wird die Institution Wehrmacht - im kollektiven Gedächtnis der Nachfolgestaaten des "Dritten Reiches" als unpolitische, militärische Organisation verankert - als (williges) Instrument zur Umsetzung eines rassenpolitisch motivierten Vernichtungskrieges im Osten und Südosten Europas beleuchtet.

Ein Mythos gerät ins Wanken

Die Ausstellung ist mehr als eine Ergänzung der Gewaltgeschichte des Nationalsozialismus. Sie bringt den Mythos von der "sauberen" Wehrmacht ins Wanken ein Mythos, der für die Identitätsfindung der österreichischen Nachkriegsgesellschaft von einer in seiner Ambivalenz noch kaum beachteten Bedeutung gewesen ist. Die Ausstellung wird von ihren GegnerInnen als existentieller Angriff auf die Identität einer Männergeneration wahrgenommen, die durch die Gnade realpolitischen Kalküls alliierter Nachkriegsplanung seit 1945 in eine schizophrene Erinnerungssituation gebracht worden war. Denn staatsoffiziell waren mehr als 1,2 Millionen Österreicher in eine "fremde Armee gepreßt" worden und hatten in einem Krieg gekämpft, der "nicht der ihre gewesen ist"; sie hatten den Krieg verloren und waren gleichzeitig als Opfer des Nationalsozialismus befreit worden. Diesem dialektischen Widerspruch konnte nur mit dem Rückgriff auf die unpolitischen Sekundärtugenden von pflichterfülltem Soldatentum und selbstloser Kameradschaft in einer politisch untadeligen Wehrmacht, die im Erinnerungsraum außerhalb des nationalsozialistischen Spektrums angesiedelt wurde, begegnet werden. Die Ausblendung des Vernichtungsaspekts hatte demnach sowohl individuelle, als auch politisch-gesellschaftliche Ursachen. Das jahrzehntelange beredte Schweigen über den spezifischen Charakters des Ostkrieges im privaten und öffentlichen Raum war ein deutliches Indiz dafür, daß eine Konfrontation mit diesem Tabuthema zu heftigen Auseinandersetzungen führen würde. In Österreich wurde der Nationalsozialismus als Ereignis außerhalb der eigentlichen öster-

THEMA: Lehre gegen Rechts Nr. 2, März 1997 Politix

reichischen Entwicklung behandelt, seine Inhalte und Konsequenzen wurden "externalisiert" (Rainer Lepsius). In besonderem Maße traf dies für die Beschäftigung mit der Wehrmacht zu. Während sich in der BRD in den letzten beiden Jahrzehnten eine kritische Militärfor-schung entwickeln konnte, blieb in Österreich das Erinnerungsfeld Wehrmacht den diversen Veteranenorganisationen (allen voran der "Österreichische Kameradschaftsbund" mit über 300.000 Mitgliedern) überlassen, die zudem - zumindest auf regionaler und lokaler Ebene - bis heute über einen beträchtlichen politischen Einfluß auf die Parteien verfügen.

Politische Provokation

Schon vor Ausstellungsbeginn rief die "Kronen-Zeitung" zu organisierten Protesten auf, ihr Herausgeber kündigte an, sich gegen die angeblich "satanische, kollektive Verleumdung, die Soldaten des 2. Weltkriegs seien Verbrecher gewesen", zur Wehr zu setzen. Die Parteien verhielten sich vorerst abwartend. Der Einladung zur Ausstellungseröffnung folgten in Wien nur die "Grünen". Erst als die Ausstellung im Sommer 1996 nach Klagenfurt kam, wurde sie auch zu einem parteipolitischen Politikum. Mit der Gründung eines überparteilichen Ehrenkomitees traten die parteipolitischen Grenzlinien offen zutage. Als sich der SPÖ-Landeshauptmann-Stellvertreter Michael Ausserwinkler entschloß, dem Komitee beizutreten, löste er bei ÖVP und FPÖ empörte Reaktionen aus: "Politische Provokation", "linke Profilierungsneurose", "unerhörte Nestbeschmutzung" lauteten die Vorwürfe an Ausserwinkler. Neben Nationalratspräsident Fischer traten auch Heide Schmidt und die Spitzenpolitiker der "Grünen" dem Komitee bei; der zweite Nationalratspräsident zog - nach anfänglicher Zusage - seine Unterstützung zurück.

Im Vorfeld der EU-Wahlen bedeutete die Unterstützung durch SPÖ, Liberale und Grüne in Kärnten eine klare politische Positionierung, indem sie den ungeschriebenen Kodex Kärntnerischer Geschichtsauffassung - den "Schweigekonsens rund um die Naziverbrechen, um ihre Urheber und ihre ausführenden Organe" (Peter Gstettner) - gegen den bisher kein Spitzenpolitiker zu verstoßen wagte, sprengten und sich aus der Umklammerung durch Kameradschaftsbund und Kärntner Heimatdienst lösten.

Keine öffentlichen Mittel

Während in der BRD in den Ausstellungsorten meist die Kommunen als (Mit-)Veranstalter auftreten, ist eine solche Konstruktion in Österreich bisher noch nicht zustandegekommen. Diese politische Distanzhaltung hat naturgemäß Auswirkungen auf die Subventionierung der Ausstellung durch öffentliche Mittel. In Wien lehnte die damalige Kulturstadträtin Pasterk eine finanzielle Unterstützung rundweg ab; in Klagenfurt und Linz stimmten die Stadtsenate gegen eine Subventionierung und in Salzburg hat sich Landeshauptmann Schausberger (gleichzeitig Dozent für Zeitgeschichte an der Universität Salzburg) schon jetzt gegen eine Finanzierung der für März 1998 in Salzburg geplanten Ausstellung ausgesprochen, da er seine Aufgabe darin sieht, "die vielen noch lebenden Kriegsteilnehmer und deren Familien vor ungerechtfertigten Pauschalverurteilungen zu schützen".

Die stereotypen und rituell wiederholten Sprachschablonen, die Ausstellung ziele auf eine "Pauschalverurteilung aller Wehrmachtsangehörigen" oder reisse "Gräben zwischen den Generationen auf", dienen den verantwortlichen Kommunal- und Landespolitikern u.a. als Vorwand, ihrem kulturpolitischen Bildungsauftrag nicht nachzukommen und eine Veranstaltung finanziell zu boykottieren, die auf eine unglaubliche Resonanz in der Öffentlichkeit verweisen kann.

Diese Verweigerungshaltung der Politiker löste Reaktionen aus, die in Österreich bisher unbekannt waren: sowohl in Klagenfurt als auch in Linz sprangen spontan private Mäzene ein; darüberhinaus flossen in Linz über eine Bausteinaktion der "Grünen" in nur zwei Wochen über öS 200.000,- in die Veranstalterkasse.

Politische Aufklärung erfüllt

Die Wehrmachtsausstellung wird Österreich weiter beschäftigen. Ende des Jahres wird sie voraussichtlich in Graz, im März 1998 in Salzburg zu sehen sein. Die Ausstellung ist bereits bis Ende 1999 vergeben. Eine englischsprachige und hebräische Version ist in Planung. Die bisherige Bilanz zeigt, daß sie einen Anspruch politischer Wissenschaft - nämlich gesellschaftsrelevante politische Aufklärung - trotz heftiger Widerstände schon jetzt erfüllt hat.

Univ. Ass. Dr. Walter Manoschek, Institut für Staats- und Politikwissenschaft; wissenschaftlicher Mitgestalter und Projektkoordinator der Ausstellung in Österreich.

Politix Nr. 2, März 1997 THEMA: Lehre gegen Rechts 7

Antifa - Demo mißglückt

Am 30. November 1996 fand in Wien anläßlich der Millenniumsfeierlichkeiten der vom sogenannten "Dritten Lager" organisierte Festkommers statt. Bevor die eigentliche Zeremonie absolviert werden konnte, mußte noch eine Podiumsdiskussion abgehalten werden, um sich der eigenen ideologischen Deutschtümelei einmal mehr zu versichern und den deutsch-nationalliberalen Charakter zu stärken. Die ÖH ergriff relativ früh die Initiative und versuchte erfolgreich, die Podiumsdiskussion mit klingenden Teilnehmern wie Lothar Höbelt, Roland Girtler und Ernst Nolte (hat später abgesagt) an der Universität zu unterbinden. Eine Podiumsdiskussion am Vorabend behandelte die Themenbereiche Burschenschaften, Männerbünde und Rechtsextremismus an der Universität. Eine vom Zentralausschuß der ÖH in Zusammenarbeit mit dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes rechtzeitig erschienene Broschüre behandelt einen ähnlichen Themenkomplex. Alles in allem eine Vielzahl von Initiativen, die gestartet wurden, und die ihren Höhepunkt bei der Gegendemo finden sollten. Den eigentlichen Kommers konnte niemand mehr verhindern. Stattdessen sollte eine große Antifa-Demo vor den Toren der Burg, also am Ring, vorbeiführen, mit viel Krach sollte die Zeremonie der Kranzniederlegung dahinter gestört werden. Aber: Alkoholisierte männliche Demoteilnehmer glaubten, einen kleinen Nebenkrieg mit dem Frauen-Lesbenblock inszenieren zu können. Vor dem Burgtor kam es dann zu den unnötigen Aktionen. Die Demo endete so unrühmlich, wie das schon während ihres Verlaufs abzusehen war: etwa 20 DemonstrantInnen wurden in der U-Bahn willkürlich von der Polizei festgenommen. Was davon übrigbleibt: die brüchige Einheit verschiedenster antifaschistischer Gruppen ist zerrissen. Keine besonders gute Grundlage für eine weiter fortführende Arbeit an diesem Thema, zumal es als zu wenig erscheint, immer bloß auf Aktionen von rechts zu reagieren.

> Studienrichtungsvertretung Politikwissenschaft

Biologismus als Politik?

Zur sozialen Funktion biologisch-deterministischer Erklärungsansätze für menschliches Handeln. Ein Kommentar.

Biologistische Erklärungsansätze für menschliches Handeln haben wieder Saison - im Bereich der Psychiatrie und klinischen Psychologie ebenso wie im Alltagshandeln und Alltagsbewußtsein der Menschen, aber auch in der politischen Auseinandersetzung. Die Indizien dafür sind vielfältig: Die verstärkte Suche der Wissenschaft nach Genen, die für unterschiedliche spezifische Verhaltensweisen der Menschen (wie etwa Aggressionen oder Homosexualität) oder psychische Auffälligkeiten und Krankheiten (wie etwa Zwangsneurosen oder Schizophrenie) zuständig seien, zählen ebenso dazu wie Peter Michael Lingens' Aufwärmung der bereits 1969 im Harvard Educational Review von Arthur Jensen vertretenen These, daß Schwarze - genetisch bedingt - weniger intelligent seien als Weiße (wobei Lingens die Debatte noch um die Feststellung bereichert, daß Schwarze dafür sexuell leistungsfähiger seien) oder die Feststellung eines (späteren) liberalen Spitzenkandidaten, daß es "anthropologische Gesetzmäßigkeiten" gebe, die z.B. dafür verantwortlich seien, daß weiße Babys schreien würden, wenn ein "fremdartiges, sagen wir dunkelhäutiges Gesicht" sich über sie beugt.

Alle diese Phänomene können als mehr oder minder starker Ausdruck eines Biologismus interpretiert werden, der sich durch zwei Merkmale auszeichnet: durch seinen Reduktionismus und seinen Determinismus. Menschliches Handeln und gesellschaftliche Entwicklung werden - unter Ausblendung anderer Aspekte primär auf biologische Erscheinungen und Gesetzmäßigkeiten zurückgeführt. Menschliches Handeln in seiner Gesamtheit erscheint so determiniert durch biologische Phänomene (wobei den Genen eine - wenn auch nicht einheitlich konzipierte - Schlüsselrolle zukommt), allenfalls kommt es noch zu einer Modifikation durch psychische, soziale und gesellschaftliche Tatbestände (Wissenschaftlich ist der biologische Determinismus insofern prekär, als zentrale Argumentationen auf unzureichenden Untersuchungen und z.T. sogar nachweislichen Fälschungen [wie die Zwillingsuntersuchungen von Cyrill Burt] aufbauen).

Die biologistische Sichtweise übersieht, daß die biologische Ebene zwar die Voraussetzung für die menschliche Existenz darstellt und einen Möglichkeitsraum für die große Variationsbreite menschlichen Handelns eröffnet, dieses jedoch nicht bestimmt. Denn die Einzigartigkeit des Menschen zeichnet genau dadurch aus, daß das Potential seiner Lebensbewätligung nicht mehr auf die biologische Ausstattung und auch nicht mehr auf die Ergebnisse individueller Lernprozesse beschränkt ist. Der Mensch ist über den Gebrauch bedeutsamer Symbole in der Lage, das gesamte Wissen und Verhalten der bisherigen Menschheitsgeschichte das sogenannte soziale Erbe - zu nutzen und weiterzugeben. Das Handeln der Menschen ist in seiner konkreten Ausformung und Verwirklichung daher primär ein kulturelles Phänomen, das in engem Zusammenhang steht mit den individuellen lebensgeschichtlichen Erfahrungen, der aktuellen sozialen Lage und den gesellschaftlich-historischen Bedingungen.

Weshalb aber werden biologistische Erklärungsansätze im aktuellen gesellschaftlichen Diskurs so bereitwillig aufgenommen und - in vielen Fällen relativ unhinterfragt - reproduziert? Geht man dieser Frage nach, zeigt sich, daß die biologistischen Erklärungsansätze vor allem zwei soziale Funktionen haben:

Zum einen geht es um eine "Naturalisierung" sozialer Ungleichheiten und abweichender Verhaltensweisen. Der biologische Determinismus fungiert als Mythos (Roland Barthes) und hat verschleiernden Charakter: Sichtbare Unterschiede an Macht / Besitz / Status / Partizipationsmöglichkeiten am gesellschaftlichen Prozeß, aber auch nicht der Norm ensprechende Verhaltensweisen werden auf scheinbar "natürliche" Ursachen (z.B. vorwiegend genetisch bedingte IQ-Unterschiede oder genetisch bedingte Stoffwechseldefekte im Bereich der Neurotransmitter) zurückgeführt und damit ihrer geschichtlichen und gesellschaftlichen Bedingtheit entkleidet. Indem sie zu ahistorischen Naturtatsachen erklärt werden, erscheinen sie als vorgegeben, immer schon gültig und unabhängig vom Einfluß handelnder Subjekte; als universell und losgelöst vom Gesamt menschlicher Beziehungen und sozialer wie politischer Strukturen. Der biologische

Determinsimus hat damit sowohl eine legitimierende als auch eine entlastende Funktion. Denn die Verantwortung für soziale Ungleichheit und Ausgrenzung liegt - folgt man seiner Argumentation - nicht mehr bei den Subjekten und der Gestaltung des sozialen Zusam-menlebens durch die Gemeinschaft, sondern in der Natur des Menschen.

Zum zweiten schafft der biologische Determinismus einfache Erklärungsmuster für komplexe Gegebenheiten, die damit einordenbar und handhabbar werden. Es ist anzunehmen, daß die gerade gegenwärtig vorfindliche Tendenz einer verstärkten Akzeptanz biologistischer Erklärungsmuster mit einer Enttäuschung darüber zusammenhängt, daß viele relevante (psycho)soziale und gesellschaftliche Probleme über entsprechende gesellschaftspolitische, soziale und psychotherapeutische Maßnahmen nicht - wie in der Aufbruchssituation der 60er und 70er Jahre erhofft - sofort und vollständig behebbar waren. Die Rückkehr zum biologistischen Ansatz verspricht nicht nur einfache Eklärungsmuster, sondern auch einfache Handlungsmöglichkeiten im Sinne technisch realisierbarer Veränderungen und Maßnahmen, und zwar sowohl auf individueller als auch auf gesellschaftlicher Ebene: Maßnahmen allerdings, welche insgesamt der Aufrechterhaltung der vorhandenen Machtverhältnisse und ungleichen Beteiligungschancen dienen.

Univ. Doz. Dr. Gerald Steinhardt,
Ass.Prof. am Institut für Gestaltungs- und
Wirkungsforschung an der TU Wien
Lehrbeauftragter am Institut für Politikwissenschaft



Was Sie schon immer über Politik. Wissenschaft. lesen wollten.

Politix Nr. 2. März 1997 THEMA: Lehre aeaen Rechts **9**

Karin Liebhart

Richtige Frauen - Rechte Weiblichkeit

In wenigen Bereichen schließen recht/sextrem/e politische Gruppierungen so bruchlos an weithin akzeptierte gesellschaftspolitische Positionen an, wie bei der Propagierung restriktiver Rollenzuweisungen an Frauen. Weiblichkeitsbilder eines recht/sextrem/en Diskurses können als konsequenteste Interpretationen allseits verbreiteter konservativer Entwürfe von der "richtigen Frau" und von "rechter Weiblichkeit" gelesen werden.

In zahlreichen Politikerreden zur aktuellen Sozialstaatsund Sparpaketsdebatte taucht die rhetorische Figur der unverheirateten, alleinerziehenden "Sozialschmarotzerin" (im Gegensatz zum "sitzengelassenen" weiblichen Opfer) auf, die ihrer natürlichen Bestimmung zur Ehe nicht nachkommt und in Zeiten behaupteter ökonomischer Krisen und sozialdarwinistisch argumentierter sozialer Segmentierungen von Rechts wegen (erneut) ins gesellschaftliche Abseits gedrängt werden soll. Die Festschreibung altbekannter repressiver Rollenbilder und Vorstellungen über die "natürliche" Rolle der Frau erweist sich hier als funktional für eine männerdominierte Politik, die im Rahmen reaktionärer sozial- und familienpolitischer Konzepte und in vorgeblicher Besorgnis um das "Wohl des Kindes" wieder einmal die Frau als (allein) zuständig für den Reproduktionsbereich erklärt. Wenn die "Deutsche Liga für das Kind in Familie und Gesellschaft" Familie als "Biosystem" begreift, die Sorge um das Kind als erbbedingtes Verhalten der Frau definiert und in weiterer Folge eine "ökosoziale Symmetrie" zwischen Umwelt und Familie, in der sich das "Humankapital" des "Volkskörpers" ausbilde, postuliert, treibt sie letztlich nur sogenannte wertkonservativ geprägte Ansichten auf die Spitze, die sich auch in der österreichischen politischen Mehrheitskultur auffinden lassen.

Die "natürliche" Ungleichheit

Im rechtsextremen Spektrum wird frau allerdings offensichtlicher auf ihre Gebärfähigkeit reduziert, und steht die Forderung nach einer Aufwertung von Mutterschaft und Hausfrauendasein - neben neuen Elementen - im Mittelpunkt der Argumentation. Eine Ideologie der "natürlichen" Ungleichheit zwischen den Geschlechtern ist jedoch nicht nur rechtsextremen Konzeptionen immanent. Rechtsextremismus ist zwar in seinen Rückgriffen auf althergebrachte antifeministische und frauenfeindliche Konzepte vor allem auch eine männliche Macho-Ideologie, die eine hierarchisch definierte bipolare Positionierung "gleichwertiger", aber biologisch bedingt "verschiedener" Geschlechter festschreibt und daraus prinzipiell unterschiedliche Aufgaben für Mann und Frau ableitet. Die für Frauen in spezifischer Weise prekäre Rekonstruktion weiblicher Identität im Zeichen einer als wesenhaft begriffenen Natur und damit verbunden eine Re-Biologisierung der Geschlechterverhältnisse ist jedoch keineswegs auf rechtsextreme Diskurse beschränkt. Weiblichkeitsbilder eines rechten Diskurses erweisen sich gerade in diesem Aspekt nur als extreme Ausprägungen gesellschaftlich durchaus akzeptierter konservativer Entwürfe von Weiblichkeit.

10 Thema: Lehre aeaen Rechts Nr. 2. März 1997 Politix

Vom Sexismus zum Rassismus

Vor allem in rechtsextremen Diskursen überlagert sich eine pseudowissenschaftlich fundierte "biologistische Weltanschauung" mit rassistischen Konzepten zur "Reinhaltung der Erbsubstanz" einer organisch gedachten, patriarchal-hierarchisch strukturierten "Volksgemeinschaft". Wenn der Verhaltensforscher Irenäus Eibl-Eibesfeldt den "demographischen Exitus" des deutschen Volkes befürchtet und der Krone-Kolumnist Ingomar Pust die Gebärmutter als Waffe der Farbigen bezeichnet, drängen sich Assoziationen mit der zu Anfang des Jahrhunderts als Kult der arischen Rasse konzipierten Ariosophie des Jörg Lanz von Liebenfels auf, der im Rahmen seiner verworrenen "Theozoologie" von "Brutmüttern, die in Zuchtklöstern von Ariern begattet werden sollen", und von Frauen, die sich mit Vorliebe mit minderrassigen Äfflingen (zu denen er Dunkelhäutige, sogenannte Mischrassige und Juden zählte) paaren, phantasierte. Weniger verdächtig klingen zwar aufs erste solche Argumente, die mittlerweile mit vorgeblich wertfreien Ergebnissen aus neuesten naturwissenschaftlichen und kybernetischen Forschungszweigen wie der Soziobiologie und der Ethologie operieren, jedoch ebenfalls einer essentialistisch festgeschriebenen "Natur der Frau" und einer besonderen Verantwortung der Frau für den Reproduktionsprozeß der Familie und der organisch verstandenen Gemeinschaft des "Volkes" oder der "Nation" das Wort reden. Von sexistischen Diskursen über Geschlechterdifferenz ist es dennoch auch hier nicht weit zu rassistischen Schlußfolgerungen. Als wichtigste Hüterinnen des Fortpflanzungspotentials einer Art, wie es die Wissenschaftsiournalistin Mary Batten ausdrückt, sind Frauen demnach aufgefordert, eine im Sinne der Evolution "richtige" Entscheidung zu treffen und das Männchen mit den gesündesten beziehungsweise mit den zum eigenen genetischen Material passendsten Genen als Sexualpartner auszuwählen. Die biologistische Definition von Frauen findet in Weiblichkeitsbildern eines esoterischen Diskurses ihre zeitgeistige Entsprechung, die sich in vielen Aspekten als Verlängerung der klassisch bürgerlichen Vorstellung von Weiblichkeit entpuppen: Frauen sind demnach emotional und kommunikativ, spirituell, näher der angeblich ebenfalls weiblich beseelten Natur, damit zuständig für das Erkennen des im Sinne der Mondphasen "richtigen Zeitpunktes" und sie werden im neuen Zeitalter des Wassermanns auf Esoterik-Messen mit Titeln wie "Bewußtsein 97" als Bewahrerinnen esoterisch-magischer Lehren gefeiert. So wird eine Festschreibung reaktionärer Rollenbilder bei gleichzeitiger symbolisch-mythischer Überhöhung des "weiblichen

Prinzips", werden die Re-Konstruktionen einer wesenhaften und "natürlichen" weiblichen Identität zunehmend salonfähig. Diese Sichtweisen reichen über erklärtermaßen recht/sextrem/e Diskurse hinaus und verstellen zudem den kritischen Blick auf gesellschaftliche Besitz- und Machtverhältnisse.

Biologismus in rechten Parteien

Selbstverständlich wird seitens der Rechten nicht nur eine neue Mütterlichkeit propagiert, traditionelle Brüche in faschistischen und nationalsozialistischen Frauenbildern setzen sich auch in gegenwärtigen Ideologien und Strategien fort, die auf historisch und ideologisch unterschiedliche Anknüpfungspunkte zurückgreifen. Dennoch steht die auf eine biologistisch argumentierte Geschlechterdifferenz gegründete Ideologie der sozialen Volksgemeinschaft, in der die Frau in erster Linie Mutter und ihr Platz in der Familie ist, auch bei tendenziell rechtsextremen Parteien, wie beispielsweise den österreichischen Freiheitlichen (die immerhin einen konstanten Anteil von rund einem Drittel WählerInnen aufweisen) gesellschaftspolitisch im Zentrum. Trotz aller für politische Doppelstrategien funktionalisierbaren FPÖ-Vorzeige-Karrierefrauen ist die gleichberechtigte Mitgestaltung der Gesellschaft durch Frauen qua zugrundeliegendem biologistischen Menschenbild im Endeffekt ausgeschlossen. Jörg Haider hält die heutige Form des Zusammenlebens für denaturiert, sie entspreche keinem Ideal im nationalen Sinn, denn Partnerschaft bestehe immer aus einem dienenden und einem führenden Teil, wobei ersterer Part selbstverständlich den Männern zukommt.

Mutterschaft gegen Erwerbstätigkeit

Die neuerliche Festschreibung von Frauen auf ihre "biologische Funktion und Verantwortung" ist zwar als frauenverachtendes ideologisches Konzept identifizierbar, dennoch mag sie für Frauen eine gewisse Anziehungskraft besitzen, die durchaus kein geschlossenes rechtsextremes Weltbild voraussetzt: Die scheinbare Aufwertung des Frauseins qua Biologie bietet eine prekäre Alternative für den "freiwilligen" Rückzug aus einer als diskriminierend und frustrierend erlebten Arbeitswelt. Wie Susan Faludi beschreibt, arbeiten auch die antifeministischen Bündnisse der amerikanischen Neuen Rechten nicht zuletzt mit solchen semantischen Umkehrungen und ideologischen Umwertungen, wenn sie etwa ihre Kampagne gegen weibliche Erwerbstätigkeit als Aufwertung der Mutterschaft verkaufen.

Mag. Karin Liebhart,
Politikwissenschafterin,
Lektorin am Institut für Politikwissenschaft

Politix Nr. 2. März 1997 THEMA: Lehre gegen Rechts 11

Claus Pirschner

Rechtsextremer Vormarsch im Netz

Das weltweite Internet fasziniert mit seiner absoluten Kommunikationsfreiheit. Problematisch wird das angesichts der wachsenden rechtsextremistischen Hetze im Netz. Keine Verteufelung des neuen Mediums, aber die Einführung internationaler Spielregeln für wenige bestimmte Inhalte ist gefragt.

Über 40 Millionen "User" hängen heute schon am Internet. Und die Netz-Community wächst rapide, angezogen von der Möglichkeit, per Computer und Modem kostengünstig und schnell über weite Strecken je nach Belieben mit einzelnen oder mehreren Menschen oder einem breiten Publikum zu kommunizieren. Ob private elektronische Post, (halb)öffentliche Diskussionsforen, Firmen etc- all das und noch viel mehr tummelt sich im neuen "grenzenlosen" Medium, das bislang von absoluter Meinungsfreiheit gekennzeichnet ist.

Plattform für Propaganda.

Mitte der 90er entdeckte die rechtsextreme Szene das Internet als neue Plattform für ihre Propaganda. Es begann 1995 in den USA, als die Gruppierung "Stormfront" ihre Homepage (= Seite, die alle Netzuser auf der Welt abrufen können) publizierte, wo sie zum Kampf für die weiße westliche Kultur aufruft. Dann brach ein Wust an neonazistischen, rassistischen, revisionistischen, antisemitischen u.ä. Inhalten übers Internet herein. Der Großteil der publizierenden Formationen stammt noch immer aus den USA, mittlerweile finden sich aber längst zahlreiche europäische Agitatoren im Netz. Insgesamt stößt man beim Surfen auf über 100 solcher Gruppierungen. Einige bedienen sich der Fäkalsprache, und schockierende gestochen scharfe Bilder verdeutlichen die braune Message: "Verpiß dich,

wenn du nicht am Überleben der Weißen Rasse interessiert bist", begrüßen dich die Skinheads aus den USA. Einen Mouseclique weiter eröffnet sich ein Bild, wo ein Schwarzer, am Boden liegend, von mehreren Personen mit Stiefeln getreten wird.

Glaubwürdigkeit.

Als besonders propagandatauglich erweist sich das Internet für den rechten äußeren Rand, weil er darin potentiell Millionen Menschen seine Überzeugungen vermitteln kann, ohne dabei von unliebsamen KritikerInnen gestört zu werden. In den USA drängten Extremists und Hate-Groups in TV-Talk-Shows, um der engen Verbreitung über ihre traditionellen Medien (Zeitschriften, Flugzettel etc.) zu entgehen. In den Shows war ihr Auftritt aber für sie von zweifelhafter Effizienz, denn, dank ebenso geladener GegnerInnen, gerieten sie unter heftige Kritik. Davor gefeit sind sie im Internet: Ein/e WebsurferIn kann selten unterscheiden, ob der/die BetreiberIn einer Homepage etwa seriöse historische oder geschickt verdeckte revisionistische Informationen verbreitet, wenn sowohl JournalistIn als auch Opposition fehlen, die den Inhalt klassifizieren helfen. Glaubwürdigkeit kann also leichter hergestellt werden.

Geheime Vernetzung.

Szeneintern wiederum ermöglicht das Internet eine intensive internationale, geheime Vernetzung. Gemäß der Organisationshierarchien des rechtsextremen Untergrundes existieren Paßwörter für bestimmte Netzbereiche, wohin nur Insider Zugang haben. Je weiter oben in der Befehlshierarchie eine/r sich befindet, desto mehr Paßwörter kennt er/sie. So werden abgeschottet von der allgemein zugänglichen Homepage und unter Ausschluß der Öffentlichkeit konspirative Informationen ausgetauscht und Aktivismus geplant. Um eventuelle Lauschangriffe der Behörden auszuschließen, werden Nachrichten zusätzlich verschlüsselt übers Netz transportiert. Die rechten Kreise haben sich eine der weltweit sichersten Codierungsverfahren angeeignet - das PGP (Pretty Good Privacy). Das "Thule-Netz" ist typisches Beispiel für ein privates Computernetz von Rechtsextremen. Es weist Mailboxen in Deutschland, Norwegen, Niederlande und Österreich auf.

Bekämpfung national.

Was kann man, was kann die Politik nun gegen diese rechtsextremen Umtriebe im Internet tun? Nach Auffassung des Jusitzministeriums reichen die in Österreich geltenden Strafbestimmungen aus: Die elektroni-

12 Thema: Lehre gegen Rechts Nr. 2. März 1997 Politix

schen Netzsysteme unterliegen dem Medienbegriff des Mediengesetzes, erfüllen das Tatbestandsmerkmal der Öffentlichkeit. "Der Urheber solcher Netzwerkinhalte ist ebenso wie bei anderen Medien strafrechtlich verantwortlich." Bei der Verbreitung neonazistischen Gedankengutes kommen das Verbotsgesetz, insbesondere der §3-Tatbestand der öffentlichen Leugnung oder Verharmlosung nationalsozialistischer Verbrechen, eine dazu subsidiäre verwaltungsstraftrechtliche Bestimmung sowie allgemeine Strafbestimmungen, wie die "Aufforderung zu oder Gutheißung von ungesetzlichen Handlungen", zur Geltung. Zwar sind nationale Gesetze zur Bekämpfung des Rechtsextremismus vorhanden, eine Modernisierung des Mediengesetzes durch explizitites Miteinbeziehen und eine differenzierte Betrachtung öffentlicher/halböffentlicher/privater Bereiche neuer Medien wie dem Internet sowie die Verantwortlichkeit der Provider (Firmen, die über Server, also Rechner, Publikationsflächen im Internet anbieten) sind im österreichischen Gesetz aber noch nicht geklärt. Drei gerichtliche Verfahren sind seit einem Jahr unter dem Gesichtspunkt des Verbotsgesetzes und Verhetzungsparagraphen in Österreich anhängig. U.a. laufen Erhebungen gegen zwei Mitbetreiber der Homepage des "Bürgerschutz Österreich". Ursprünglich veröffentlichte der "Bürgerschutz Österreich" über österreichische Provider, welche ihm jedoch bald den Internetzugang verwehrten, als sie auf die Inhalte der Homepage aufmerksam gemacht wurden. Doch seit Juli 96 agiert der "Bürgerschutz" wieder ungebremst im Netz über einen kalifornischen Server.

Ineffizienz.

Das Beispiel "Bürgerschutz" zeigt, wie ineffizient die Bekämpfung der Problematik auf rein nationaler Ebene abläuft. Vertreibt jemand einen verwerflichen Inhalt übers Netz von Österreich aus, haben die Behörden Eingriffsmög-ichkeiten. Lebt jemand aber im Ausland und wirft von dort etwa neonazistische Inhalte ins Netz, kann dies sehr wohl in Österreich gelesen werden, aber belangen kann der österreichische Staat die Verantwortlichen nicht, wenn ihre Tätigkeit im jeweiligen Ausland nicht als straffällig angesehen wird. Da hängt es vom Willen der Provider ab, ob sie "political correct" rechtsextremistische Homepages zulassen oder rausschmeißen.

Providerverantwortlichkeit?

Ob und inwieweit Provider rechtlich dafür verantwortlich zu machen sind, was über ihren Server ins Netz gespeist wird, ist bei ExpertInnen wie PolitikerInnenn äußerst umstritten. Sind die Provider PublizistInnen

oder vergleichbar mit der Post, die auch keiner für die Inhalte der Briefe verantwortlich macht, die sie austrägt? Man überfordert Provider wohl, wenn sie permanent über die sich meist ständig erneuernden Publikationen ihrer KundInnen Bescheid wissen müßten. Zumindest plant das österreichische Justizministerium - zurecht, wie ich meine, - Provider haftbar zu machen, wenn sie von rechtswidrigen Botschaften ihrer Klientel wissen und nichts dagegen unternehmen. In Kenntnis sollen die Provider durch eine zu errichtende öffentliche Meldestelle versetzt werden, die wiederum von Internetusern bei Entdecken bestimmter Inhalte im Netz kontaktiert werden soll. In Österreich baut man somit auf die Kooperation der Internet-Gemeinde, anstatt, wie in Deutschland, eine ausreichende Zahl von Beamtlnnen auf ständiges Netz-Durchkämmen abzustellen. In Diskussion steht auch die Einschränkung der weitgehenden Anonymität, etwa durch teilweise Impressumpflicht für Homepages oder durch Vertragszwang zwischen Provider und HomepagebetreiberInnen.

Initiativen international.

Zielführender als einzelne nationale Bestrebungen wäre eine internationale Vereinbarung zu einem allgemeingültigen Kodex der Netzhygiene. Die Gefahr einer Zensur, einer Behinderung der Entwicklung des neuen Mediums würde verhindert, indem nur äußerst wenige, klar abgegrenzte Inhalte auf Basis des Völkerrechtes verboten und sanktioniert würden. Unter dem Titel Jugendschutz scheint sich auf europäischer Ebene ein Konsens bezüglich der Handhabung von Rechtsextremismus im Netz sowie der analogen Problematik der Kinderpornographie anzubahnen. Wenig zu erwarten ist hinsichtlich einer internationalen Übereinkunft aber von dem Land, woher der Großteil der Websites extremistischer Inhalte kommt: den USA. In ihrer Kultur wird Pressefreiheit - verankert in der Verfassung durch das First Ammendment - extrem hochgehalten und praktiziert, sodaß auch demokratiefeindliches Gedankengut völlig legal publiziert werden darf.

> Claus Pirschner, Student der Politikwissenschaft

Ein Thema, das sich auch für eine Diplomarbeit bestens eignet: Andrea Zemann, ebenfalls Studentin der Politikwissenschaft, arbeitet bereits daran. (Die Red.)

Politix Nr. 2. März 1997 THEMA: Lehre gegen Rechts 13

Eva Kreisky

Verständnis kann Berge versetzen

Das Sekretariat. Ein neuralgischer Knotenpunkt des Instituts. Alle studentischen Wünsche und Anforderungen der wissenschaftlichen MitarbeiterInnen laufen hier zusammen.

Nicht nur das: Auch für fakultäre Notwendigkeiten ist es erste Anlaufstelle. Selbst die Quästur, die Personalabteilung und sonstige Einrichtungen der zentralen Universitätsverwaltung kennen und nutzen vor allem diese Adresse: Ein Ameisenhaufen, dem allerdings der angemessene "Bau" und zureichende Kommunikationswege (Telefonanlage usw.) fehlen. Zudem wird das Sekretariat auch noch durch eine der verkehrsreichsten Straßen Wiens im wahrsten Sinne des Wortes zerschnitten.

Auf engstem Raum und unter schlechtesten Bedingungen leisten hier also sechs Frauen halb- oder ganztags ihren Dienst. Meistens zur Zufriedenheit aller, die etwas wollen. Wie in jedem Betrieb kommt es selbstverständlich auch hier gelegentlich zu Unzulänglichkeiten, die wir alle miteinander bedauern.

Daß es auch Probleme gibt, ist gar nicht zu verwundern, wenn man den vielfältigen Tätigkeitsbereich des Sekretariats Revue passieren läßt. Das Sekretariat ist zeitweilig überfordert, weil unter ziemlichem Stress Terminarbeiten zu erstellen sind; Institutskonferenzen, Studienkommissionssitzungen, Institutsversammlungen sind vorzubereiten, Anträge für Lehraufträge müssen fristgerecht gestellt werden, das Vorlesungsverzeichnis muß rechtzeitig in Druck gehen, ein kommentiertes Vorlesungsverzeichnis ist zu erstellen, ca. 70 externe LektorInnen sind zu betreuen und zu organisieren, Hörsäle und Räume sind zu beschaffen, Fächerkombinationsanträge, Einreichungen von Prüfungspässen, FLAG-Bestätigungen und Zeugnisse

sind zu bearbeiten, Budgetanträge sind für die Fakultät vorzubereiten, ausländische GastprofessorInnen müssen organisiert und betreut, Abrechnungen müssen erstellt werden, dazwischen rufen StudentInnen, LektorInnen, JournalistInnen, BeamtInnen und sonstige Personen an. Sie wollen Auskünfte, Beratungen u.a.m. Manche fragen nach Dingen, die leicht nachzulesen wären, aber gelesen wird halt zumeist nur unzureichend: das Vorlesungsverzeichnis, das kommentierte Vorlesungsverzeichnis, die Aushänge, Politix, Who is who in der Politikwissenschaft usw.

Neben dem bereits Angeführten gibt das Sekretariat aber auch Hörerscheine aus, verkauft Unterlagen, händigt Formulare aus, stempelt Zeugnisse ab, versorgt die Infrastruktur des Instituts, sorgt sich um den Erhalt der Räumlichkeiten und audio-visuellen Hilfsmittel, verwaltet den studentischen Computerraum, kümmert sich um Reparaturen, redet Handwerkern gut zu, beschafft Material für den Institutsbetrieb, versucht den privaten Vermieter zu überzeugen, daß er die Heizung wieder einmal reparieren lassen muß usw. usw. usw.

Einige Verbesserungen der Sekretariatssituation sind bereits im Gange: Der Sekretariatsbereich wird nach dem Auszug von Prof. Leser und seinen MitarbeiterInnen (vermutlich im Februar 1997) um einiges erweitert und baulich grundlegend umgestaltet. Das Institut erhält im Laufe dieses Jahres endlich auch eine leistungsfähigere Telefonanlage. An einer Steigerung der Effizienz der Arbeitsorganisation feile ich gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen des Sekretariats in laufenden Besprechungen. Die Vergrößerung des AssistentInnenstabes im vergangenen Jahr hat zusätzliche Unterstützung für den Sekretariatsbetrieb ergeben. Im Laufe dieses Jahres wird es auch zu einer personellen Ausweitung des Sekretariats kommen. Die Computerisierung der Prüfungsverwaltung, die mit dem WS 1996/97 angelaufen ist, wird nach ersten Anlaufproblemen in Zukunft doch auch Erleichterungen im Sekretariatsbetrieb erbringen.

Soweit die technisch-organisatorischen Veränderungen, die den Betrieb des Sekretariats für alle hoffentlich in Hinkunft erleichtern werden. Bleibt also noch die soziale Kommunikationsebene, die letztlich von allen Personen abhängt, die im Sekretariat arbeiten und die das Sekretariat in Anspruch nehmen. Gegenseitiges Verständnis kann hier vermutlich Berge versetzen. Wir sollten es gemeinsam versuchen.

Prof. Eva Kreisky Vorständin des Instituts für Politikwissenschaft

14 Intern Nr. 2. März 1997 Politix

Studienrichtungsvertretung Politikwissenschaft

Zwei neue Professuren

Schon seit mehreren Jahren wird davon gesprochen, daß zwei neue Extra-Professuren am Powi-Institut installiert werden sollen, Listen werden herumgeschoben, zurückgesetzt, und passiert ist letztlich wenig; nun ist die Besetzung der beiden Planstellen in erreichbare Nähe gerückt. Daß das in Zeiten von Sparpaket und Sozialkürzung passiert, mag auf den ersten Blick ironisch erscheinen, tatsächlich aber ist dies auf das große Engagement des Instituts und der einheitlichen, ohne gröbere Grabenkämpfe vonstatten gegangenen Zielsetzung zurückzuführen.

Die erste Professur, ausgeschrieben als "Verwaltungspolitologie" mit Schwerpunkt EU, gerne auch "Neisser-Professur" genannt (und eigentlich auf diese Person ausgerichtet), brachte bei der abschließenden Berufungskommission am Dienstag, dem 10.12.1996, eine kleinere Überraschung: Nicht der für diese Position seit jeher vorgesehene zweite Nationalratspräsident bekam den Posten, sondern der bisher am Salzburger Powi-Institut als Assistent tätige Herbert Gottweis. Das selbst freilich war nach dem Hearing am 6.12. noch nicht die eigentliche Überraschung, da Gottweis mit einem geradezu brilliant zu nennenden Vortrag bestach und Heinrich Neisser in einigen Punkten Schwächen aufwies: erstaunlich war vielmehr das Abstimmungsergebnis, bei dem sich mit 12:0 alle Kommissionsmitglieder für den Außenseiter aussprachen.

Ein großer Erfolg nicht nur für die Forschung (Gottweis steht für einen im deutschsprachigen Raum eher neuen und vernachlässigten Ansatzpunkt), sondern auch für die Lehre: Ein junger, engagierter Professor setzt sich zweifellos mehr für die Studierenden und ihre Belange ein, als dies von einem Professor zu erwarten wäre, der ohnehin in wenigen Jahren seiner Pensionierung entgegensieht. Zudem kam bei Heinrich Neisser noch erschwerend hinzu, daß er nicht verläß-

lich zusicherte, ob er nach Erhalt der Professur auf sein politisches Engagement verzichten würde. Im Hinblick auf die Ressourcenknappheit unseres Instituts (aber nicht nur) war es für die Studienrichtungsvertretung von Anfang an klar, daß Professur und ein hoher politischer Posten unvereinbar sind. Es sei aber hinzugefügt, daß Neisser seine Rolle als Honorarprofessor weiterhin wahrnehmen wird, dem Institut also - Freude, Freude! - nicht ganz verloren geht.

meinung

Auch die zweite Professur - ausgeschrieben für "Allgemeine Politikwissenschaft" - wurde von der Kommission mit der Person besetzt, die von der Studienrichtungsvertretung bevorzugt worden war: Sieglinde Rosenberger, bisher als Gastprofessorin am Institut tätig, wurde der Vorzug gegeben, da sie didaktisch ihre Fähigkeiten bereits bewiesen hat und sich unter den Studierenden großer Beliebtheit erfreut. Sie setzte sich gegen - unter Studierenden auch schon bekannte - Heinz Gärtner, Rainer Bauböck und Sonja Puntscher-Rieckmann durch, und zwar ebenfalls eindeutig mit 12:0 Stimmen. Die Besetzung dieser Planstelle mit einer Frau ist auch ein starkes Signal in Richtung Durchbrechung der männerdominierten Strukturen in der Professorlnnenkurie.

Alles in allem waren die Besetzungen ein großer Erfolg: Nicht Parteienproporz, kleinliche Institutsrivalitäten und Kompromisse führten zu den Besetzungen, sondern ein faires Einbeziehen der studentischen Kurie und ein relativ weitsichtiger Blick auf Forschung und Lehre am Institut. Schon im Herbst '97 sollen die beiden Planstellen im Budget vorgesehen sein, und diese Aufstockung der Profs von 3 auf 5 war nicht nur längst überfällig, sondern stellt nun sogar eine Bereicherung für die Studienrichtung dar. Ob nun freilich das Ministerium sein Wort hält und die beiden Planstellen tatsächlich, wie versichert worden war, bereits im nächsten Budgetposten verankert, steht auf einem andren Blatt Papier. Zu tun gibt es also noch immer genug.

Dieser Beitrag gibt die persönliche Meinung der Studienrichtungsvertretung Politikwissenschaft wieder.

Politix Nr. 2. März 1997

to: Gabriele Schatzl

Tabita Mulyampiti im Gespräch.

"It is women who know what will be after a war."

Tabita Mulyampiti has studied politics and women-studies in Uganda. She came to Vienna to continue her career and to do another degree in politics. Tabita is in the doctoral programme of the institut of political science since 1996.

Politix: I'm interested in womenpolitics in Uganda, and I would like to hear about your activities there. Maybe you could tell me something about you first. TABITA MULYAMPITI: Back home I am working in the secretariat of the department of women-affairs. This is a body that is institutionalized in Uganda now. In Uganda we don't have party-politics, we have movement-politics. We have ambleparties, foreigners, who are integrated to help us find the best political system for our country.

I am a student here. I have studied politics and women-studies. Now I came to continue my career and to do another degree in politics.

For us our democracy is a unique democracy, as most people say in Uganda, it's like an experiment, that is going on down there. After colonialism ended we had parties. And this parties ended in blood-shit. We did not realize what politics and parties were about. If people had different opinions they ended up killing each other. There was war for many years, about 25 years, until 1986 Yoweri Museveni came to power. He put a temporary stop on parties. The government wanted to set up a party-democracy. This movement, the National Resistance Movement, has been in power for the last years. It brought peace to the whole country. After elections *Museveni* was voted again into power with 75%. After four months of elections, disappoin-

16 INTERN Nr. 2. März 1997 Politix

ted people, who thought, their favourite candidates would be voted into power, started riots. So now we have rebel activities. And somehow rebel groups get arms from various sources and they want to come into goverment. In such activities it's always the civilians who suffer. At the moment there is instability, which is growing in Uganda. That is our general outlook in politics.

Tabita Mulyampiti: So, particularly for the women now: When men started fighting, many women joined the war and were willing to fight. When the National Resistance Movement captured power, there were so many women in the war that their contribution could not be ignored in the new regime. They helped in many ways. It is women who know what will be after a war. Men, okay, get to the arms and want to fight, but they don't care what will come and what they have done.

Women also helped the government to keep their power. So the government put, what we call "Affirmative Action". That means, to give women, as a group, opportunities, to favour women and not men. Like now, in parliament, where out of 49 seats 6 are appointed for women. If they change this imbalance of power, women should have the same number of parliament seats like men. But now, it would not be possible to have even 10. We could not even have 10 women! So now women are elected in a special way, with a small election college in parliament. Now at least we have 37% representation.

A woman was appointed the vice president of Uganda which has helped a lot to react to men's politics in Uganda. Many women have now realized that, yes, we have come up to do something. And governmental affirmative action has certainly helped to encourage women. And it was a real surprise in the previous elections that the majority of the votes came from women, at least 80%. The government in power has done a lot to support women's opportunities in Uganda.

TABITA MULYAMPITI: Women's organizations in Uganda assist the government. Women are encouraged to organize groups to tackle certain problems. The main problem of women at the moment is, that there are more men to be voted. I cannot say, that women have a share of employment or a share of the countries. Women are encouraged to form groups in the community, so that they can better rule themselves and the government is supporting them.

Politix: Could you tell something about women politics in Uganda?

Politix: How do women organize their activities?

Politix Nr. 2. März 1997 Intern 17

Politix: You are here on a special programme. Could you tell me about it?

Politix: Why does the government want to uplift women? What is their interest?

Politix: What's the role of the NGOs in your society?

Politix: Is political science important in Uganda?

TABITA MULYAMPITI: This shows the government's attitude towards education. If somebody wants to continue her education the government will support her for another study to improve her career. So I, for example, can perform a better role now than when I was working at home. I think I was chosen because of my qualifications. - I had already two degrees. - And, I would like to say, because I was a woman. This was an important fact for their decision. Because we don't have enough women, who are qualified, they are trying to uplift the status of women.

Tabita Mulyampiti: Because women had played a big role for them to come into power. And women's groups have come up on their own too. And they have got a lot of support by the NGOs, Non Governmental Organizations, who have given them hope to see light now.

Tabita Mulyampiti: We have several international NGOs who are educating the public about their rights. Now women are realizing that there is something, they have not achieved yet. So women themselves have formed lobby groups. Some of these groups are so strong that they were able to influence the government, to appoint a woman vice president. When the president was reelected, he was actually going to appoint a man his vice president. But the lobby groups were so strong, that he had to revise his decision.

Tabita Mulyampiti: It's very important and our government has realized the essentiality of political education. It is compulsary now for all employed adults. They undergo a course in political education. It's in schools and in the university. It's a system, that is just growing, but the programme for political education does not have support from the international community.

The British power, the former colonial masters, are not in favour of the population beeing politicized. The ambassador of the British commission in Uganda openly sayed, that if those courses don't stop, any kind of assistance of Britain is also going to stop. Britain left the colony but we are still very much tied to it. They still dictate so much in many ways. I think as a political scientist those courses were really good for the population because in our country we don't have a developed political system. The civil society is politically undeveloped, people don't know their rights. They don't know what governmental functions are. They only

18 INTERN Nr. 2. März 1997 Politix

remember what the last government led them to: to war. When the government tries to educate these people and then the British masters say, "No, that is not right", then somehow you find our government is failing because of former colonial ties. I don't know how we can separate.

Tabita Mulyampiti: At the Human Rights Conference in Austria, 1993, our government sent several women leaders to come here for the conference. And this conference made an impact back home. Women realized that they were not doing enough to fight for their rights. They started to take action, they became activists for human rights. Now they make a lot of noise in parliament and men don't like them, I know. And they managed through the consulate in Austria to get support from the Austrian government to sponsor courses in Uganda on human rights. Every year there is a course on human rights for women in manager-positions. And this way Austria has come to be known in Uganda especially among women activists.

Me, I have a background of working with women's organizations. I had no other place to think about but Austria. We associate Austria to human rights in Uganda, because of the courses about human rights in Uganda from the Austrian consulate. So when I got the chance to study abroad I opted for Vienna. Working with women groups, I was very much looking forward to meeting empowered women to hearing their views, and sharing their struggle, to seeing how they have achieved what we don't have yet.

TABITA MULYAMPITI: There is still a problem of language. I have all the adresses of the Austrian women groups. But when I go to the Afro Asiatisches Institut (AAI), there is still a problem of language. I had to take a course in German but I have not moved it. It's a very difficult language, I have just learned a few words, not enough to communicate. At the AAI they offer seminars by women from different parts of the world to exchange ideas, but since I don't know German well enough I don't benefit much. And there is another institution, the "North-South- Dialog". They also said, "You need communication in German". - The problem is language. My programme lasts only for two and a half years and I cannot take a whole year to study German, it would be too much.

Politix: Why did you chose Vienna for your studies and what did you expect?

Politix: What did you find?

Politix: Thanks a lot for the interview.

Das Gespräch führte Gabriele Schatzl

Politix Nr. 2. März 1997 Intern 19

Birgit Sauer

Freakadellen & Bulletten*

Studieren am Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin.

Bouletten gibt's an der Bude, die auf dem Gehsteig direkt vor dem Institut für Politikwissenschaft plaziert ist. - Im übrigen handelt es sich dabei um den einzigen kulinarischen Höhepunkt im weiten Umkreis des Instituts im Berliner Villenvorort Dahlem. In den siebziger und achtziger Jahren ging frau indes nicht wegen irgendwelcher leiblicher, sondern vornehmlich wegen "geistiger" Genüsse ans OSI, wie das Institut immer noch liebevoll bezeichnet wird, obwohl es schon längst nicht mehr das "Otto-Suhr-Institut", sondern ein Fachbereich der FU Berlin geworden ist.

Diskreter Charme der Politologie

Der größte politikwissenschaftliche Fachbereich auf dem Kontinent, ein dickes, vielfältiges Vorlesungsprogramm und vor allem ein noch spürbarer Hauch von StudentInnenbewegung, von Anarchie und marxistischer Politikwissenschaft, das waren Anreize für manche Pilgerfahrt nach Berlin. Namen wie Johanes Agnoli, Elmar Altvater, Wolf-Dieter Narr und Bodo Zeuner lockten mit einer "kritischen Politikwissenschaft" zahlreiche Studierende an den Fachbereich. Außer dem Ruheständler Agnoli lehren diese "Ikonen" nach wie vor am OSI - allerdings nicht mehr unter 44 Professoren-KollegInnen - tatsächlich war und ist der Anteil von Professorinnen auch am OSI herzlich niedrig -, sondern unter etwa 30 Profs. Insgesamt soll in Folge des Sparpakets und wegen der disziplinären Konkurrenz der Humboldt-Universität eine Sollzahl von 18 ProfessorInnen in den nächsten Jahren erreicht werden. Neben einer quantitativen Schrumpfung blätterte im Lauf der Jahre der Lack an so mancher Stelle der "roten Kaderschmiede" ab.

Die Mehrzahl der Studierenden schließt das politikwis-

senschaftliche Studium mit dem Diplom ab, es gibt aber auch LehramtsstudentInnen sowie die NebenfächlerInnen aus anderen Magisterstudiengängen. Einen Hauptfach-Magisterabschluß in Politikwissenschaft kann man am OSI nicht erwerben.

Von Projektkursen bis zur Spezialisierung

Politikwissenschaft wird am OSI als Integrationsfach angeboten, d.h. es vereinigt alle "Nachbardisziplinen" unter einem Dach. Der Studienplan umfaßt neun sogenannte Problemfelder: Politische Theorie und politische Philosophie, Methoden der Politikwissenschaft, Politik und Geschichte, Politik und Recht, Politik und Wirtschaft, Politische Soziologie, Politisches System der BRD, Analyse und Vergleich unterschiedlicher politischer Systeme sowie Internationale Beziehungen und Außenpolitik. Darüber hinaus bietet das Lehrprogramm vier "Spezialisierungsbereiche" für das Hauptstudium, die eine berufsorientierte Schwerpunktsetzung erlauben sollen: Planung und Verwaltung, Politikwissenschaftliche Beratung und Politikvermittlung, Politische Erwachsenenbildung und Internationale Dienste. Im Hauptstudium sind neben Seminaren und Vorlesungen "Projektkurse" verpflichtend, die über zwei Semester laufen und von zwei ProfessorInnen unterschiedlicher Fachrichtungen im Teamteaching angeboten werden. Sinn dieser Art Lehrveranstaltung ist es, interdisziplinäre Herangehensweisen kennenzulernen und über ein Jahr hinweg eine kleinere Forschungsarbeit zu schreiben.

Geschlechterforschung

Das OSI besitzt eine Professur für Frauenforschung und eine auf je fünf Jahre befristete Teilzeitprofessur für Frauen- und Geschlechterforschung. Am Ende der achtziger und Beginn der neunziger Jahre unterrichteten darüber hinaus acht Wissenschaftlerinnen aus dem Mittelbau "feministische Politikwissenschaft". Diese rosigen geschlechterforscherischen Zeiten sind vorbei: Zwar sind die Professorinnen-Stellen erhalten geblieben, doch die Mittelbau-Frauen sind sukzessive aus ihren befristeten Arbeitsverträgen ausgeschieden, so daß derzeit nur noch zwei festangestellte feministische Mittelbäuerinnen am OSI sind. Ironie der Geschichte: Die im Sommersemester 1993 in Kraft getretene Studienordnung schreibt verbindlich vor - ein Sieg der damaligen Dozentinnengruppe -, daß sich 20% der Lehrveranstaltungen im Grundstudium mit dem Geschlechterverhältnis beschäftigen müssen. Da Politikwissenschaftler sich nicht als Geschlecht und schon gar nicht als Geschlechterforscher begreifen, kann diese Quote heute kaum noch erreicht werden.

20 INTERNATIONAL Nr. 2. März 1997 Politix

El Dorado des Forschens

Wirklich großartig (wenn frau die Klippen des Ausleihens zu handlen weiß) sind die Bibliothek mit 400.000 Büchern, das Pressearchiv mit 2,4 Millionen Presseausschnitten und der Zeitschriftenlesesaal, in dem von 1.400 Zeitschriften, die das OSI insgesamt besitzt, die letzten zehn Jahrgänge von 700 Zeitschriften frei zugänglich sind. Doch auch hier sind vielerorts schwarze Kreuze angebracht: Zeitschriften, die dem Rotstift zum Opfer fallen werden.

Heute steht das Hauptgebäude des OSI leer, ist mit einem Bauzaun umgeben: Asbest-Sanierung oder Abwicklung?

> Dr. Birgit Sauer Assistentin am Institut für Politikwissenschaft

* "Freakadellen & Bulletten" ist der Titel eines Seyfrid-Comics.

INFORMATIONEN

OSI-Studienführer

Fachbereich Politische Wissenschaft, erhältlich an der FU Berlin, Fachbereich Politische Wissenschaft, 14195 Berlin, Ihnestraße 22.

Auskünfte

Prof. Dr. Friedemann Büttner, Vorsitzender der Ausbildungskommission,

14195 Berlin, Ihnestraße 32. Tel. 0049-30-838 2326/6640

Berlin - Stadt der Gegensätze

Ein Reisebericht*

Der Zielort der Reise war bewußt gewählt, denn in keiner anderen Stadt sonst kann man so viel über das vereinte und gleichzeitig geteilte Deutschland erfahren.

Berlin ist eine Stadt im Umbruch. Wenn auch heute weniger die historische Atmosphäre und mehr die Geschäftigkeit dominiert, so war unser Quartier am Alexanderplatz doch in vielfacher Hinsicht besonders gut gewählt. Im ehemaligen Ostteil der Stadt gelegen, ist dieser Platz voller Gegensätze: historische Gebäude, architektonischer DDR-Einheitsbrei, wohlbetuchte Geschäftsleute, Allerweltskaufhäuser, eilige ArbeiterInnen und Angestellte, gelangweilte Jugendliche und mehr oder weniger sympathische RamschverkäuferInnen.

Für viele von uns lag die Faszination von Berlin nicht in erstklassigen kulturellen Angeboten, die es natürlich auch gibt, sondern im Herumstreifen durch diese "bewegte" Stadt. Der Umzug der Regierung und des Parlaments nach Berlin ist unübersehbar: Der Reichstag wird renoviert, ein eigenes Regierungsviertel aus dem Boden gestampft und eine neue Wirtschaftszentrale auf dem ehemals durch die Mauer unbenützbaren Potsdamer Platz errichtet. Diese größte Baustelle Europas mit eigenem Hafen und Bahnhof ist faszinierend, von Staub, Dreck und Abgasen einmal abgesehen.

Der Westteil hingegen hat nichts von dieser Erneuerung. Hier beherrscht die westeuropäische Alltagswelt mit stark bevölkerten Pracht- und Einkaufsstraßen, mit architektonischer Vielfalt und einer wachsenden Konsumorientierung das Bild.

Das für uns interessanteste Thema war Berlin als Symbol der Teilung wie auch der Einheit Deutschlands. Wenn auch eine rapide Angleichung der Lebensstile vor sich geht, so bleibt doch eines offensichtlich, und das wird jedem/r Besucherln, der/die mit BerlinerInnen spricht, klar: die Teilung im Kopf. Ein Berliner, nach dem Weg gefragt, entschuldigt sich für sein Unwissen mit der Tatsache, daß er aus dem anderen Teil der Stadt komme und deshalb keine Auskunft geben könne. Im weiteren Gespräch zeigt sich, daß die Überwindung der Spaltung Berlins noch mindestens eine Generation dauern wird, bis junge Leute heranwachsen, die die Teilung nicht mehr im Kopf haben.

Wie schwierig das Zusammenwachsen ist, wird aus der Tatsache deutlich, daß Berlin eigentlich aus zwei Städten besteht. Die meisten Menschen haben ihre Arbeit, ihren Alltag und ihr soziales Umfeld ganz auf einen Teil Berlins ausgerichtet und das auch nach 1989/90 so beibehalten. Gewohnheiten ändern sich nicht so schnell, eine Erkenntnis, die man von Berlin mit nach Hause nehmen kann.

Dieter Hernegger

Student der Politikwissenschaft

* Die 5-tägige Exkursion nach Berlin fand im Nov. 1996 im Rahmen einer Lehrveranstaltung von Prof. Peter Gerlich statt.

Politix Nr. 2. März 1997 International 21

Johannes Pollak

Wildschwein in Pfefferminzsauce

Studieren an der London School of Economics and Political Science

Die leider in völliger Vernachlässigung unserer Zunft zu LSE abgekürzte Institution wurde mit dem Ziel gegründet, ein Zentrum für das Studium sozialer und politischer Probleme nach US-amerikanischem Vorbild zu errichten. Webb war überzeugt, daß diese Schule durch parteipolitisch neutrale Studien und Training der Entscheidungsträger zur Verbesserung der tristen gesellschaftlichen Lage im England der industriellen Revolution beitragen würde. Diese idealistische Vorstellung spiegelt sich im Motto der LSE "Felix qui potuit rerum cognoscere causas" und im Wappen, welches Bücher als Symbole des Lernens und einen Biber als "industrious animal with social habits" zeigt. Bereits 1900 wurde die LSE Teil der University of London.

Den ersten Eindruck, den die LSE auf den/die "ehrfürchtige/n" Besucherln macht, ist der eines chaotischen Ameisenhaufens. Es "wurln" ca. 5000 Studentlnnen, von denen 2300 Post-Graduates sind, durch eine undurchschaubare Anlage, bestens charakterisiert von einem Chronisten S. "The building bears the marks of growth by accident and accretion, connected by bridges and different levels, full of corridors that end abruptly, connections that no rational man could expect." Die ordnende und immer hilfsbereite angelsächsische Hand greift aber bald durch, und selbst der/die Wiener Verhältnisse gewohnte StudentIn steht Schlange.

Vielfältige Studien

Hat man die Hürde des Formularkrams erledigt und eine positive Antwort auf die Bewerbung bekommen, so gehört man ohne Zweifel zumindest einer sehr internationalen Ausbildungsinstitution an. Derzeit tummeln sich VertreterInnen von an die 120 Nationen an der LSE. Die Bandbreite der möglichen Studien reicht von Mathematik, Statistik und Management zu Recht, Soziologie und Philosophie. Das Government Department bietet verschiedene einjährige Master of Science Kurse an: Public Administration and Public Policy (31), Comparative Politics (37), European Politics and Policy (35), Political Theory (26), Politics of Empire and Post-Imperalism (neu), Politics of Development in Latin America (neu). Um etwaigen Irrtümern gleich zu begegnen: Die Zahlen in den Klammern geben die TeilnehmerInnen an, wobei man mit 6 - 8 mal so vielen BewerberInnen rechnen muß, die zumindest sehr gute Sprachkenntnisse vorweisen können. Die Internationalität der LSE spiegelt sich auch im öffentlichen Vortragsprogramm: Fast alles, was Rang und Namen in Wissenschaft und Politik hat, referiert einmal an der LSE.

Finanzielle Hürden

Neben dem Papierkram müssen leider auch finanzielle Hürden genommen werden. Die Studiengebühren belaufen sich derzeit auf 4.800 Pfund für eine Jahr -Diskussionen zur Erhöhung sind im Gange, da die LSE einem weltweiten akademischen Trend zufolge mit finanziellen Schwierigkeiten kämpft. Gibt man sich mit einem Zimmer im Studentenheim zufrieden, deren Vergabe übrigens sehr gut organisiert ist, muß man mit ca. 300 Pfund monatlich rechnen. Die gute Nachricht: Alle diese Heime besitzen eine äußerst preisgünstige Mensa. Die schlechte Nachricht: Die Republik Österreich gewährt leider seit 1996 keinen Schilling Unterstützung. Bescheiden kalkuliert ergeben sich immerhin Gesamtkosten von 250.000 Schillingen. Die Chancen, eine Förderung direkt von der LSE zu bekommen, stehen für Nicht-Briten schlecht, allerdings kann man für einen Teil der Gebühren in der Bibliothek arbeiten. Die British Library of Political & Economic Science läßt kaum Wünsche offen: 4 Millionen Bände - da fast alle direkt zugänglich sind, fühlt man sich unweigerlich in Umberto Ecos Kloster im Namen der Rose versetzt!

Hohe Anforderungen

Dafür sind die Anforderungen auf akademischem Niveau auch recht hoch: Während des Semesters sind je nach Kurs zwei Arbeiten zu schreiben, ein Referat zu halten, dann eine Prüfung zu absolvieren. Insgesamt müssen 5 Seminare belegt werden. Den Abschluß bildet die sogenannte Dissertation, etwa im Umfang einer kleinen Diplomarbeit in Wien. Das Diskussionsklima in den Kursen ist erstaunlich: Die Sprache bildet keine Barriere, die Lebendigkeit und teilweise auch Unbekümmertheit der Diskussion sind

22 INTERNATIONAL Nr. 2. März 1997 Politix

überraschend. Voraussetzung dafür aber ist das Lesen der angegebenen Literatur. Kaum jemand kann sich den Luxus der Lesefaulheit gönnen - zu direkt sind die Fragen der KollegInnen und der mehrheitlich ausgezeichneten SeminarleiterInnen.

Kulinarisches

Entgegen landläufigen, bösen Gerüchten läßt das englische Essen kaum Wünsche offen: Von Bohnen bis Pommes, über derzeit günstiges Rindfleisch mit Pommes zu den unvermeidlichen Sandwiches (auch mit Pommes) ist keine Vorstellung zu blumig, um nicht in einer der drei LSE-Mensen gefunden zu werden.

Mag. Johannes Pollak,
Politikwissenschafter,
absolviert derzeit ein Post-Graduate an
der London School of Economics.

INFORMATIONEN

Auf Anfrage versendet die LSE kostenlos den **Graduate School Prospectus**, der genaue Auskünfte über alle angebotenen MSc-Kurse, Kosten etc. gibt.
Adresse: London School of Economics, Houghton Street, London WC2A2AE, Fax 0171-831-1684

Studying in London

Erfahrungen einer ERASMUS-Studentin

Der erste Eindruck

"Queuing" - nichts geht ohne Formation einer ordentlichen Warteschlange. Nach zwei Tagen ausgiebiger Information seitens der Uni hatten wir Erasmus-Studentlnnen noch den Rest der Woche Zeit, um uns für die Kurse zu entscheiden, die Zeiten und Orte herauszufinden, uns an der Uni und schließlich für jeden gewählten Kurs extra zu inskribieren. Nebenbei mußten wir uns noch für die Bibliothekskarte und die NUS (National Union of Students)-Karte anstellen. Nach der ersten hektischen Woche waren wir für das Semester gewappnet.

Die Uni

Ungefähr 20.000 StudentInnen besuchen die Thames Valley University (TVU), 52% von ihnen sind weiß. Und das macht die Faszination und den Reichtum dieser Uni - und Londons - aus: das friedliche Zusammenleben der Menschen, egal welchen Geschlechts, welcher Hautfarbe (Rasse) oder sexuellen Neigung. Die TVU will keine Elite-Universität sein, sondern unterstützt "mass participation in higher education as a contribution to equality and social justice" (TVU-Originalzitat).

Doch auch für die Unis hier wird das Leben immer härter und das Budget immer kleiner. Einem eintägigen Streik der LektorInnen folgt die Ankündigung einer "New Learning Environment". Die bisher erforderlichen acht 'Modules' pro Jahr (ein 'Module' entspricht 120 Arbeitsstunden pro Semester), um in drei Jahren den Bachelor degree zu erreichen, werden auf sechs reduziert. Qualitätsverlust als Antwort auf Budgetkürzung.

Das Sozialleben

Die Uni ist in einem Außenbezirk Londons gelegen, daraus ergeben sich zwei Vorteile für uns Studierende. In jedem Pub und Café in der Nähe des Campus treffen wir bekannte Gesichter. Und wir sind nicht jeden Tag der stressigen, quirligen Londoner Innenstadt ausgeliefert. Mit der 'Tube' (Londoner U-Bahn) ist man in einer halben Stunde im Zentrum. Doch London ist teuer, das bekommen StudentInnen trotz Ermäßigung in Clubs und Discos (natürlich nicht für öffentliche Verkehrsmittel) zu spüren. Das Auslandsstipendium in Höhe von öS 4000.- deckt nicht einmal die Kosten für die Unterkunft ab. Aber was soll's - an ein kleines Budget sind wir doch auch in Österreich gewöhnt. Schließlich ist man nur einmal Erasmus-StudentIn in London.

Birgit Appelt studiert Politikwissenschaft und verbringt zur Zeit ein Semester an der Thames Valley University in London.

Politix Nr. 2. März 1997 International 23

Claudia Widder

Als Stagiaire in Brüssel

Seit 1989 haben junge österreichische AkademikerInnen und StudentInnen die Möglichkeit, ein dreibis fünfmonatiges Praktikum in den Institutionen der EU zu absolvieren. Jährlich nützen insgesamt 8.000 junge Leute EU-weit diese Chance, um sich für einen Praktikumsplatz in Brüssel zu bewerben. Nur wenigen gelingt es allerdings, einen der heißbegehrten Praktikumsplätze in den EU-Institutionen zu bekommen.

Die Kommission als größte Arbeitgeberin mit circa 20.000 Bediensteten bietet die meisten Praktikas - im Euro-Jargon "Stages" genannt - an. Innerhalb der Kommission stellen die AkademikerInnen, die sogenannte Laufbahngruppe A, den größten Anteil, nämlich 30% des Kommissionspersonals dar. Zweck eines Stages ist es, jungen potentiellen BewerberInnen für die Laufbahn A einen Vorgeschmack auf die Arbeit bei der EU zu geben. Auch das Europäische Parlament, der Rat sowie Wirtschafts- und Sozialausschuß bieten eine begrenzte Zahl von Praktika für JungpolitologInnen an.

Auswahlkriterien für die zukünftigen Stagiaires sind: Höchstalter 30 Jahre, Universitätsabschluß oder mindestens acht Semester Studium, gute Fremdsprachenkenntnisse, mindestens einer Gemeinschaftssprache. Vorgezogen werden Bewerberlnnen, die schon zu einem europarelevanten Thema gearbeitet haben oder die Abfassung einer solchen Arbeit (z.B. Diplomarbeit oder Dissertation) mit einem Praktikum in Brüssel verbinden wollen.

Für einen Teil der Stagiaires gewährt die EU selbst Stipendien (öS 7.000,-/Monat). Auch das BMfWFkA sowie die Wirtschaftskammer vergeben Stipendien. Bei der Plazierung für eine der Kommissionsdienststellen wird auf Wünsche und Qualifikationen der BewerberInnen Rücksicht genommen. Das berühmte "blaue Buch" mit allen Stagiaire-Bewerbungen macht die Runde durch sämtliche Generaldirektionen, wo sich die zukünftigen Vorgesetzten "ihre/n" Stagiaire aus einer Vielzahl an Bewerbungen aussuchen. Beliebteste Generaldirektion ist die GD I (Außenbeziehungen der EU), wobei es genauso interessant sein kann, in weniger gefragten Generaldirektionen zu arbeiten. Denn Tätigkeit und Verantwortung eines Stagiaires hängen sehr vom jeweiligen Vorgesetzten ab.

Doch nicht nur die Arbeit in den EU-Institutionen an sich, auch die sozialen Kontakte der Stagiaires untereinander machen ein Praktikum in Brüssel zu einer wertvollen Erfahrung.

Weitere Angebote

Es gibt aber auch andere Möglichkeiten für junge PolitologInnen, abseits des Stage-Programms Europaerfahrungen zu sammeln. Ähnlich den österreichischen ParlamentarierInnen bekommen auch die österreichischen Abgeordneten zum Europäischen Parlament eine/n AssistentIn zur Verfügung gestellt. Die Bewerbung für eine EU-AbgeordnetenassistentInnenstelle erfolgt über die jeweiligen Parteien. Die "Österreich-Häuser" der jeweiligen Bundesländer sowie die Lobbyingvertretungen österreichischer Unternehmen bieten sich ebenfalls für eine Mitarbeit an. Bei der Bewerbung um eine solche Praktikumsstelle ist jedoch Eigeninitiative gefragt.

INFORMATIONEN

zum Stage-Programm

- EU-Kommissionsvertretung, Kärntnerring 5-7, 1010 Wien, Tel. 51618-0 oder
- Kommission der Europäischen Union, Generalsekretariat -Praktikantenbüro, Rue de la Loi 200, B-1049 Brüssel

Mag. Claudia Widder, Politikwissenschafterin, dzt. Deutschassistentin in Frankreich

24 International Nr. 2. März 1997 Politix

Sylvia Platzer

EU hautnah

Zu Besuch bei den europäischen Institutionen in Straßburg

Es ist Dienstag, kurz nach 8 Uhr morgens: Statt in der Völkerrechts-Vorlesung von Professor Schütz-Müller sitzen wir im Zug Richtung Straßburg, ausgerüstet mit Unterlagen und Fachliteratur über den Europarat und die EU. Beachtenswert: 75% der ExkursionsteilnehmerInnen sind Frauen (Im Europäischen Parlament beläuft sich der Frauenanteil der Abgeordneten auf 26%!). Straßburg erwartet uns im strömenden Regen, trotzdem wird bereits der erste Abend genützt, um die mittelalterliche Innenstadt mit dem eindrucksvollen Dom zu besichtigen und das eine oder andere gemütliche Lokal zu entdecken.

Demokratie per Knopfdruck

Am Programm stehen diverse Briefings mit den frischgewählten österreichischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments: Von der ÖVP Reinhard Rack und der neue Star am Himmel einer beinahe totgesagten ÖVP, Ursula Stenzel. Die SPÖ wird vertreten von Maria Berger, Hannes Swoboda und Herbert Bösch. Das Pressezentrum ist in einem Jugendstil-Palais situiert, abseits des modernen Palais de l'Europe. Im Europäischen Parlament haben wir Gelegenheit, einer Abstimmung beizuwohnen. In der kurzen Zeit versuchen wir, unter den 626 Abgeordneten "bekannte Gesichter" ausfindig zu machen: Otto Habsburg und Sohn Karl, Le Pen, um nur einige zu nennen. In atemberaubender Geschwindigkeit wird über die diversesten Detailanliegen mit Handzeichen oder per Knopfdruck abgestimmt. Kopfhörer mit Simultanübersetzung stehen zur Verfügung. EU hautnah - zum ersten Mal wird uns bewußt: "Die Europäische Union lebt".

Hors d'Oeuvres mit Fischler

Der Komplex des Palais de l'Europe ist unübersichtlich groß. Lifte, Gänge, Büros, Menschen aller Couleurs und Sprachen, diverse Restaurants und Coffee-Shops - es braucht sicher seine Zeit, bis man sich hier zurechtfindet. Das Mittagessen nehmen wir im eleganten SB-Restaurant ein. Die Überraschung: Bei der Abteilung "Hors d'Oeuvres" gibt es nicht nur Fisch, sondern sogar "Fischler". Der Kommissar stellt sich bereitwillig für ein Foto zur Verfügung.

Am Nachmittag folgen weitere interessante Briefings mit J. M. Wiersma (MEP, Niederlande) zum Thema "Außen- und sicherheitspolitische Perspektiven der EU im Hinblick auf die Osterweiterung" sowie mit Johannes Voggenhuber von den Grünen.

Kaffee mit dem Botschafter

Am nächsten Morgen haben wir einen Termin mit dem braungebrannten EU-Abgeordneten Franz Linser (FPÖ). Kritische Fragen zur Position der Freiheitlichen zu einem geeinten Europa führen zu einer anregenden und kontroversiellen Diskussion.

Nach dem Mittagessen im Pressezentrum des Palais de l'Europe mit Blick auf den im Werden begriffenen gigantischen Neubau des Europäischen Parlaments hören wir einen Vortrag über den Europarat in seiner neuen gesamteuropäischen Funktion. Anschließend wechseln wir den Schauplatz in den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Zuletzt wartet das dichte Tagesprogramm noch mit einem Höhepunkt auf: der Besuch beim österreichischen Botschafter beim Europarat, Ulrich Hack.

Die beiden Tage waren voll geballter Informationen und Eindrücke. Die zwei weiteren Tage sind der Kultur gewidmet: Besichtigung von Straßburg, ein Ausflug ins geschichtsträchtige Städtchen Colmar und nicht zu vergessen, die gepflegte Elsässer Gastlichkeit.

Sylvia Platzer, Studentin der Politikwissenschaft und Publizistik

Die Exkursion nach Straßburg fand im November 1996 unter Leitung von Prof. Ingfrid Schütz-Müller statt.

Politix Nr 2 März 1997 International 25

news

Neue Gastprofessur. Dr. Andrea Maihofer, Frankfurt/M., ist im Sommersemester 1997 Gastprofessorin am Institut für Politikwissenschaft.

Schluß mit den Formularen. Ab dem Wintersemester 96/97 erfolgt die Zeugnis-Ausgabe für alle Lehrveranstaltungen des Instituts per EDV. Achtung: Dies gilt (noch) nicht für Lehrveranstaltungen des Instituts in der Hohenstaufengasse.

Wissenschaft im Internet. Das Wissenschaftsministerium ist ab sofort im Internet vertreten. Per Mausklick gibt es Informationen über Studienrecht, Forschung in Österreich, Mobilitätsprogramme u.v.m. Adresse: http://www.bmwf.gv.at

Polytic ist der Name der seit dem WS 95/96 erscheindenden Zeitung am Institut für Politikwissenschaft in Innsbruck.

Adresse: 6020 Innsbruck, Josef-Hirn-Straße 7/2,

e-mail: Polytic@uibk.ac.at, Internet: www.http://pcwww.uibk.ac.at/subz/c40251

ADRESSEN

Büro für Austauschprogramme mit Mittel- und Osteuropa des ÖAD

Berggasse 21/7, 1090 Wien

Tel.: 3172793

Öst. Lateinamerika-Institut

Schlickgasse 1, 1090 Wien

Tel.: 3107465

Öst. Forschungsstiftung für Entwicklungshilfe (Afrika u. Asien)

Bergasse 7, 1090 Wien

Tel.: 3174010

Auslandsbüro an der Uni Wien

Dr. Karl Lueger-Ring 1, 1010 Wien

Tel.: 40103/2182

auslandsstipendien

Das Sparpaket trifft die PolitikwissenschafterInnen nicht nur auf der Uni. Der öffentliche Dienst, in den fast ein Viertel aller jungen PolitologInnen nach dem Studium eintrat, fällt durch den "Aufnahmestop" für längere Zeit aus. Einen möglichen Ausgleich und neue Perspektiven könnte der durch den EU-Beitritt grösser werdende Arbeitsmarkt darstellen. Auf diesem "internationalen" Markt werden Zusatzqualifikationen, wie Studien- und Forschungssemester im Ausland, an Bedeutung gewinnen. Schon jetzt sind StudentInnen der Politikwissenschaft ausserordentlich mobil. Rund 52% der POWI-AbsolventInnen haben einen Studien-, Sprach-, oder Forschungsaufenthalt im Ausland verbracht. 88.4% davon halten ihren Auslandsaufenthalt für "sehr wichtig" für ihre spätere Karriere. (vgl. H.G. Heinrich, G. Matjan, B. Weiss: Glückliche PolitologInnen?; in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 96/1, s.67-79; s. auch Seite 30.)

Broschürenreihe. Das Angebot an geförderten Auslandsaufenthalten ist gross. Eine Orientierungshilfe bietet die vom Bundesministerium für Wissenschaft, Verkehr und Kunst herausgegebene, sechsteilige

Broschürenreihe "Auslandsstipendien und sonstige geförderte Auslandsaufenthalte 97/98". Die ersten vier Teile informieren über Förderungsmöglichkeiten in verschiedenen Regionen: 1. EU, EWR, EFTA, Malta, Zypern, 2. Mittel- und Osteuropa, GUS, Türkei, 3. Asien, Afrika, Südamerika, 4. Nordamerika Über Förderungsmöglichkeiten für spezielle Zielgruppen informieren die Teile 5: Lehren im Ausland und 6: Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Neben den bekannten "Institutionen", wie Sokrates, Erasmus und CEEPUS, findet man in der Broschüre vor allem Stipendien einzelner Bundesländer oder von weniger bekannten privaten Stiftungen. Der praktische Nutzen liegt in der übersichtlichen Aufgliederung. Die komplette Broschürenreihe liegt im Sekretariat der Instituts auf. Weitere Informationen siehe Kasten Adressen auf dieser Seite.

Achtung: Einige der Fristen für das WS 97/98 laufen demnächst ab!

Alexander Salzmann

26 SERVICE Nr. 2. März 1997 Politix

termine

18.3. Vortrag

Jill Lewis (Universität von Wales):

Austria 1950 - Strikes, Pusch, and Domestic Politics Institut für die Wissenschaft vom Menschen, 9.,

Spittelauer Lände 3 Beginn: 18.00 Uhr s.t.

18.3. Podiumsdiskussion

UNVERKRAMPFT BIS LUSTVOLL (S.rechts)

18.3. Präsentation

STICHWORT GOES ONLINE.

Präsentation des öffentlichen FemNet- und Internet-

Zugangs. Einführung und Surfen für alle.

Stichwort - Archiv der Frauen- und Lesbenbewegung.

15., Diefenbachgasse 38/1

Zeit: 16.00 - 19.00 Uhr Informationen: Tel. 0222/812 98 86

19.3. Institutsversammlung

Uni-Hauptgebäude, Hörsaal 16

Beginn: 16.00 Uhr s.t.

8.4. Vortrag

Prof. Dr. Bhikhu Parekh:

CITIZENSHIP IN A MULTICULTURAL SOCIETY

Kleiner Festsaal, Hauptgebäude der Universität

Beginn: 17.00 s.t.

Prof. Dr. Bhikhu Parekh lehrt an der University of Hull (UK).

8.4. Vortrag

Prof. Gudrun-Axeli Knapp: Vom Unterscheidungsvermögen. Anmerkungen zur Dekonstruktions-Debatte in der sozialwissenschaftlichen Geschlechterforschung. Institut für die Wissenschaft vom Menschen, 9.,

Spittelauer Lände 3 Beginn: 18.00 Uhr

Gudrun-Axeli Knapp ist Professorin für Sozialpsychologie an der Universität Hannover

Nicht vergessen:

13.-15.5. ÖH-Wahlen

10.4. Podiumsdiskussion

NEUORIENTIERUNG VON AUTONOMEN FRAUENPROJEKTEN: ZWISCHEN FINANZIELLER RESTRIKTION UND POLITISCHEM ANPASSUNGSDRUCK?.

Frauenhetz, Hetzgasse 42/1, 1030 Wien

Beginn: 20.00.

Mit Vertreterinnen von: Frauenhetz, Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen, Netzwerk österreichischer Frauen- und Mädchenberatungsstellen u.a.

Veranstaltet von der Sektion Politik und Geschlecht der Österreichischen Gesellschaft für Politikwissenschaft

3.6. Vortrag

Dr. Andrea Maihofer: GLEICHHEIT UND/ODER DIFFERENZ.

ZUM STAND EINER FEMINISTISCHEN DEBATTE.

Kleiner Festsaal, Hauptgebäude der Universität

Beginn: 17.00 s.t.

Dr. Andrea Maihofer (Frankfurt/M.) ist im Sommersemester 1997 Gastprofessorin am Institut für Politikwissenschaft.

> Podiumsdiskussion zum Frauenvolksbegehren

unverkrampft bis lustvoll

Es diskutieren

Alexander van der Bellen

Andreas Cancura Johanna Dohnal Rotraud Perner

Vera Russwurm (angefragt)

u.a.

Moderation: Thomas Maurer

18. März 1997

Juridicum, HS U 10, Schottenbastei Beginn: 20.00 Uhr

Veranstaltet von Moving Politics

Politix Nr. 2, März 1997 SERVICE **27**

diplomarbeiten winter 96/97

BETREUUNG HEINZ GÄRTNER

HÄMMERLE Walter: Der Kalte Krieg im Rückblick - Erklärungs- und Theoriemodelle

JEDLAUCNIK Herwig: Die österreichische Sicherheitspolitik am Beispiel der Jugoslawienkrise 1991 MARSEILLE Christine: Bi- und multilaterale Sicherheitspolitik der Visegrad-Staaten

SCHALLER Andreas: Die ÖSZE und nationale

Minderheiten

ZIEGLER Laurent: Die Rolle des EP im Bereich der EPZ/GASP unter besonderer Berücksichtigung der IGC 1996

BETREUUNG PETER GERLICH

FRIEDL Christian: Die Dynamik der österreichischen Telekommunikation vor dem Hintergrund der Deregulierung und der sektorrelevanten "EU-Bestimmungen"

GERGER Katrin: Die Auswirkungen des europäischen Binnenmarkts auf den österreichischen Bankensektor HENKEL Susanna: Berufsbildungspolitik - Stellenwert und Zielsetzungen. Eine Analyse des Politikfeldes unter besonderer Berücksichtiung geänderter Bildungsanforderungen

HENNEBICHLER Heike: Schulautonomie in Österreich HERZOG Claudia: Die rechtliche Situation der Volksgruppen in Österreich

KOCH Ines: Auswirkungen des EU-Beitritts auf das österreichische Gütertransportwesen auf der Straße LINDORFER Ingrid: Der österreichische Kameradschaftsbund und seine Beziehungen zu den politischen Parteien Österreichs

ROBAUSCH Michael : Systemtheorie und Politik -Eine Grundlegung sowie das Fallbeispiel Nordirland

BETREUUNG HANS-GEORG HEINRICH

MAYR Andrea: HDZ (Kroatische Demokratische

Gemeinschaft)

MÜHLMANN Thomas: Friedenstärkende Operationen

im OSZE-Bereich

ROSNER Robert: Loschmidts "Chemische Studien" und die Chemie in Österreich. Eine Fallstudie zum

Politikfeld: Wissenschaftspolitik

SCHIMANA Nina: Friedensprozeß in Nordirland SPÖRK Christof: "Democracia Protegida" Zivil-militärische Beziehungen in der chilenischen

Transition

WIDDER Claudia: Die österreichische Forschungspolitik in der EU

BETREUUNG OTMAR HÖLL

JANATA Susanne: "Bhopal in Zeitlupe?" Internationaler Müllhandel als Faktor der Nord-Süd-Beziehungen MAIER Dieter: Das Menschenrechtsregime der OSZE. Eine Regimeanalyse seiner Entwicklung und Effizienz NAKHLA Mona: Konfliktbereich Psychotherapie SCHÜTZ Gerhard: Ecuador - Vom Erdölboom in die Krise. Demokratischer und sozioökonomischer Wandel

BETREUUNG ALFRED KLOSE

MÜHLBACHLER Alexandra: Ausländerintegration auf kommunaler Ebene am Beispiel Linz

BETREUUNG HELMUT KRAMER

KÜHNBERGER Peter: Wirtschaftssanktionen seit 1990. Die Renaissance der "economic statecraft" im Rahmen der Vereinten Nationen am Beispiel der Wirtschaftssanktionen gegen Serbien-Montenegro

BETREUUNG EVA KREISKY

BARCHA Jamil: Thomas Bernhards Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in den Dramen "Vor dem Ruhestand" und "Heldenplatz"
BENEDER Beatrix: Servierkörper - Der Körper der Serviererin. Das Gasthaus im Spannungsfeld zwischen

Serviererin. Das Gasthaus im Spannungsfeld zwischer Besuchenden und Bedienenden. Entwürfe zu einer politischen Theorie des Gasthauses

LANG Helmut: Direkte Demokratie?

MENKOVIC Biljana: Politische Gedenkkultur

REUMAIR Bettina: Neue Arbeitszeitkultur: Ist Teilzeitarbeit Frauenarbeit? Chancen und Risiken der Teilzeitbeschäftigung in Österreich

SCHAMANEK Claudia: Frauenemanzipation in revolutionären und militärischen Kontexten

BETREUUNG WOLFGANG C. MÜLLER

DOLEZAL Martin: Innerparteiliche Demokratie bei den Wiener Grünen

BETREUUNG HEINRICH NEISSER

SOMMER Josef: Das Regionalradiogesetz - Die Schaffung eines dualen Hörfunksystems als Beispiel für Medienpolitik in Österreich

BETREUUNG INGFRID SCHÜTZ-MÜLLER

MAHR Armin: Zwischen Wende und Trennung: Transition und Prinzipien des posttotalitären politischen Systems der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik

28 SERVICE Nr. 2. Márz 1997 Politix

ROTTENSTEINER Christa: Ethik versus politischer Realismus: Das Erbe der Menschenrechte im postdiktatorialen Chile

BETREUUNG EMMERICH TALOS

BAUMANN Herta: Demokratie - Bindeglied der

europäischen Integration

BERGER Sabine: Entwicklung und Veränderung des

Parteiensystems in der Zweiten Republik

GRISOLD Margit: Das Bild der Rolle der österreichischen Frau im Widerstand von 1934 - 1945

JUEN Gabriele: Zur Genese eines Europäischen

Migrationsregimes

VASAK Alexandra: Kulturpolitik im Austrofaschismus WEISS Silvia: Die Nation. Eine Auseinandersetzung mit

neueren theoretischen Ansätzen

BETREUUNG CHARLOTTE TEUBER

PLEININGER Annemarie: Die Entwicklung rechtsradikaler Bewegungen seit 1945 im internationalen Vergleich

SCHAUNIG Daniele: Einfluß von Sozialstrukturen auf die Politik einer bestimmten Region, dargestellt am Beispiel Gemeinde Feistritz/Rosentals und Stadt Villach

ZIERER Michael: Krisenmanagement in den Vereinten Nationen. Fallbeispiel Namibia

BETREUUNG KARL UCAKAR

KÖNIG Erich: Programmatik und Praxis sozialdemokratischer Medienpolitik von 1988 - 1995

BETREUUNG PETER ULRAM

HAJEK Peter-Paul: Österreich im Umbruch? Neue Spannungs- und Konfliktlinien in der österreichischen Bevölkerung und deren Auswirkungen auf das politische System Österreichs (am Beispiel "Public versus Private")

PROCHART Helmut: Personalisierung und Kandidatenzentrierung in österreichischen Wahlkämpfen - Eine inhaltsanalytische Untersuchung der Wahlberichtserstattung aus vier Jahrzehnten

Die Diplomarbeiten sind in den Bibliotheken des Instituts für Politikwissenschaft oder des Instituts für Staats- und Politikwissenschaft einzusehen (Adressen S. 31).

ÖGPW

Was ist das?

Die ÖGPW wurde 1971 gegründet und hat derzeit rund 500 Mitglieder: StudentInnen, AbsolventInnen und UniversitätslehrerInnen der Politikwissenschaft ebenso wie VertreterInnen der außeruniversitären sozialwissenschaftlichen Forschung und Interessierte aus den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen.

Die ÖGPW ist Mitglied der International Political Science Association (IPSA). Zu ihren Aktivitäten zählen:

- Die Herausgabe der Österreichischen Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP)
- Die Herausgabe des ÖGPW-Rundbriefes.
 Dieser enthält aktuelle Informationen über Aktivitäten der ÖGPW, Institutsvorstellungen, Ankündigungen von Veranstaltungen im In- und Ausland, Publikationen von Mitgliedern und interne Nachrichten
- Die Veranstaltung von Tagungen und Workshops
- Die Auseinandersetzung mit aktuellen Forschungsbereichen der Politikwissenschaft im Rahmen von derzeit fünf Sektionen: "Europaforschung", "Agora -Demokratieforschung", "Politische Ökonomie", "Ost- und Südostasien" sowie "Politik und Geschlecht".

Wer nähere Informationen haben oder Mitglied werden will, wendet sich bitte an das ÖGPW-Sekretariat, Stumpergasse 56,

Stumpergasse 56, 1060 Wien,

Tel: 0222/59991/166: Gertrud Hafner;

email: hafner@ihssv.wsr.ac.at.

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag für StudentInnen beträgt öS 100.-

Politix Nr. 2, März 1997 Service **29**

Hans-Georg Heinrich

Wer will mich?

PolitologInnen im Beruf

Sparpaket, Globalisierungsfalle, ansteigende Sockelarbeitslosigkeit, Verarmung ..., unsere gewohnte Welt scheint - wieder einmal - unterzugehen. Ein guter Zeitpunkt für die Medien, um davor zu warnen, "unnütze" Studienrichtungen wie Politikwissenschaft zu belegen.

Tatsächlich ist der Arbeitsmarkt, das gesamte System sozialer Plazierung im Umbruch. Von den früher üblichen faktischen Arbeitsplatzgarantien, lebenslangen Berufen und Arbeitsstätten wird man/frau in Hinkunft bestenfalls träumen können. Allerdings gilt das für alle Berufe. Auf dem AkademikerInnen-Arbeitsmarkt, wo man früher je nach Beschäftigungschancen zwischen anerkannten Studienrichtungen (etwa Medizin, BWL, Technik) und "anrüchigen" (so wie der unsrigen) unterschied, gleichen sich der Anteil der Arbeitslosen, die Länge der Berufsfindungsphase und andere Indikatoren für die Berufstauglichkeit von einzelnen Studienrichtungen einander an. Studieren wir tatsächlich am Bedarf vorbei? Welche Möglichkeiten gibt es tatsächlich, Politikwissenschaft als Beruf auszuüben, welche wird es geben?

Berufliche Kernbereiche. Nach den Daten unserer AbsolventInnenuntersuchung (Jänner 1995) bilden sich langsam berufliche Kernbereiche für PolitikwissenschafterInnen heraus, wobei interessant ist, daß etwa 50% der AbsolventInnen im Privatbereich tätig sind (Medien, Public Relations, Werbung, Markt- und Meinungsforschung, Parteien, außeruniversitäre Forschung, NGOs, Dienstleistungssektor). Wir schätzen, daß etwa die Hälfte wegen ihres politikwissenschaftlichen Studiums, die übrigen trotz ihrer Fachrichtung beschäftigt wurden. Immerhin gaben aber 68% der Befragten an, daß ihre Arbeit konkrete politikwissenschaftliche Bezüge aufweise. Daraus kann man mit etwas Optimismus schließen, daß die künftige Berufssituation der PolitologInnen nicht nur nicht so katastro-

phal ist, wie das manchmal dargestellt wird, sondern im Gegenteil die Chance zu einer weiteren Verbesserung besteht.

Gute Aussichten? Für die relativ gute Beschäftigungssituation sind zwei Faktoren entscheidend: Einmal die Tatsache, daß ca. 50% der Befragten schon während des Studiums berufstätig waren, davon 1/3 dauernd. "Kennen und gekannt werden", das Knüpfen von Beziehungsnetzen, der Aufbau von persönlichem Vertrauen führt - nicht nur in Österreich, vielleicht aber besonders hier - zu einer sprunghaften Verbesserung der Berufschancen. Der zweite Faktor ist der gewisse kleine Unterschied, durch welchen man sich aus der Masse der MitbewerberInnen heraushebt. Das kann eine Zusatzqualifikation sein, wobei sich vor allem Fremdsprachenkenntnisse bezahlt machen, oder allgemein "Persönlichkeit", das Auftreten, eine geglückte Kombination von Originalität und Solidität. Das letztere läßt sich lernen, vor allem durch einen längeren Auslandsaufenthalt.

Internationalität und Flexibilität werden in Hinkunft überhaupt die wichtigsten Berufsanforderungen sein. In einer Zeit, wo auch kleine Landwirte und Gewerbetreibende EU-Richtlinien beachten müssen, wo sich eigentlich keine Tätigkeit mehr rein lokal oder national denken läßt, hat gerade eine Studienrichtung wie die unsere große Chancen. Der Umgang mit Daten und Texten, die Herstellung von Analysen und Berichten wird bei uns an Hand von völlig unterschiedlichen Fällen geübt und gelernt (zumindest der Idee nach). Auch das neue Universitätsstudiengesetz (welches wahrscheinlich im Herbst diesen Jahres in Kraft treten wird) sollte als potentielles Instrument zur Steigerung der Berufschancen wahrgenommen werden, weil es noch größere Flexibilität in der Gestaltung des Studiums ermöglichen wird als jetzt. Für die Erarbeitung eines neuen Studienplans bedeutet das, möglichst großen Nachdruck auf den Erwerb verschiedener methodischer skills zu legen, die Praxisnähe von Theorie zu zeigen und Räume zur selbstbestimmten Entwicklung zu lassen. Letzten Endes hängt es aber von den Wünschen und Fähigkeiten der einzelnen ab, wie die strukturellen Chancen genutzt werden. Es ist nicht nur Schicksal, ob PolitologInnen Langzeitarbeitslose, Taxichauffeure oder EG-KommissarInnen werden.

> Prof. Hans-Georg Heinrich, Institut für Politikwissenschaft

Zum Nachlesen: H.G. Heinrich/G. Matjan/B. Weiss, Glückliche PolitologInnen?, Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 25 (1996), 1, S. 67-79

Institut für Politikwissenschaft

an der Grund- und Integrativwissenschaftlichen Fakultät (GRUWI)

INHALTLICHE SCHWERPUNKTE

Politische Theorie und Ideengeschichte,
politisches System Österreichs,
Vergleichende Politikwissenschaft,
Internationale Beziehungen,
politische Kulturforschung,
politikwissenschaftliche Methoden,
Frauen- und Geschlechterforschung,
Europäische Union.

1090 Wien, Währingerstr. 28

SEKRETARIAT TEL. 317 13 67/16

Einreichen von Fächerkombinationsanträgen, Prüfungspässen,

Anrechnung von Prüfungen, Auskünfte

Öffnungszeiten: Mo - Fr 10 - 12, Mo, Do 14 - 16.30

Administration Tel. 317 13 67/15

Verkauf von Kopierkarten für den Institutskopierer, Postfächer der Lehrenden zur Hinterlegung von Seminararbeiten oder

Benachrichtigungen

Öffnungszeiten: Mo, Do 10 - 12 und 14 -16.30;

Di, Mi, Fr 10 - 12

BIBLIOTHEK: Tel. 317 13 67/25

Öffnungszeiten: Mo, Fr 10 - 16; Di, Mi, Do 10 - 19

1090 Wien, Währingerstr. 17/5. Stock

Computerraum

SEKRETARIAT TEL. 40480/683

Institut für Staats- und Politikwissenschaft

an der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät (SOWI)

Inhaltliche Scherpunkte Politisches System Österreichs, Demokratie, Korporatismus und Faschismus; Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarkt-

Europäische Integration

politik;

1010 Wien, Hohenstaufeng. 9/7

SEKRETARIAT Tel. 40103/3358

Öffnungszeiten: Mo, Di, Do 8 - 16; Mi, Fr 8 - 12.30

FACHBIBLIOTHEK: Präsenzbestand; Entlehnung bis zum

nächsten Entlehntag, daher auch übers Wochenende möglich

Öffnungszeiten: Mo, Di, Do, Fr 10 -15

Fachbücher und Skripten sind erhältlich in der Buchhandlung Politeia, 1090 Wien, Währingerstr. 23

KOMMENTIERTES VORLESUNGVEREZICHNIS (INFOPOL)

Beschreibung der Lehrinhalte, Anforderungen; (öS 40.-)

WHO IS WHO IN DER POLITIKWISSENSCHAFT

Auskünfte über politikwissenschaftliches Lehrpersonal, Werdegang, Kontaktadressen (öS 20.-)

sowie weitere aktuelle Skripten

Politix Nr. 2, März 97 Service **31**